

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 8.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinsereate pro Spalte, Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, 15. April 1905.

Verlag:  
A. Bohrer, Hannover, Burgstraße 9.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Brey, Hannover, Burgstraße 9, I.  
Druck von Bräcke & Böber, Hannover.

14. Jahrg.

## Ergebnis der Wahlen zum Gewerkschaftskongress.

An der Wahl beteiligten sich im ersten Wahlkreise 16 Wahlstellen, welche 998 gültige Stimmen abgaben. Davon erhielten Kollege Bemin-Hamburg 128, Kollege Lemenhow-Hamburg 221, Kollege Westmann-Glmsborn 238, Kollege Hinsche-Bägerdorf 211.

Stichwahl zwischen den Kollegen Lemenhow-Hamburg und Westmann-Glmsborn.

Den 1. Wahlkreis bilden die Wahlstellen Apenrade, Barmstedt, Billwärder, Borby, Brunsbüttel, Glmsborn, Glensburg, Friedrichstadt, Glückstadt, Geesthacht, Habersleben, Hamburg, Heiligenhafen, Hohenwestedt, Horst, Iulium, Jzehoe, Kellinghusen, Kempte, Bägerdorf, Mirne, Melbör, Münsterdorf, Neumünster, Neustadt i. S., Norderst., Ohlstedt, Reinfeld, Reinbeck, Sonderburg, Tönning, Uetersen, Wedel, Wilster.

Im zweiten Wahlkreise beteiligten sich 15 Wahlstellen an der Wahl. Es wurden abgegeben 1928 gültige Stimmen. Davon erhielten Kollege Heid-Pinneberg 12, Kollege Martens-Hamburg 920, Kollege Stille-Berge 493, Kollege Voh-Bangensfelde 27, Kollege Lamochus-Schiffel 84 und Kollege Zimmermann-Wandsbel 392 Stimmen.

Stichwahl zwischen den Kollegen Martens-Hamburg und Stille-Berge.

Den 2. Wahlkreis bilden die Wahlstellen Altona, Berge, Barmstedt, Harburg, Kiel, Bangensfelde, Bauenburg, Osterholz, Ottenen, Pinneberg, Preetz, Rendsburg, Schiffel, Stade, Wandsbel, Wilhelmsburg.

Im dritten Wahlkreise beteiligten sich 21 Wahlstellen an der Wahl. Es wurden 1114 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Kollege Radde-Bübek 1106 und Kollege Moris-Eschershausen 8 Stimmen.

Kollege Radde-Bübek ist gewählt.

Im vierten Wahlkreise beteiligten sich an der Wahl 32 Wahlstellen, die zusammen 1151 Stimmen abgegeben haben. Es erhielten davon Kollege Großmann-Magdeburg 769, Kollege Köhler-Branschweig 335 und Kollege Voh-Bitterfeld 47 Stimmen.

Kollege Großmann-Magdeburg ist gewählt.

Im fünften Wahlkreise beteiligten sich 24 Wahlstellen. Gültige Stimmen wurden abgegeben 1407. Von diesen fielen auf Kollegen C. Bruns-Berlin 1401 Stimmen. Diverse 6 Stimmen.

Gewählt: Kollege C. Bruns-Berlin.

Im sechsten Wahlkreise beteiligten sich 36 Wahlstellen. Gültige Stimmen wurden abgegeben 1933. Davon erhielten Kollege Wiesenhütter-Stettin 1153, Kollege Pohl-Charlottenburg 541, Kollege Scheele-Charlottenburg 34, Kollege Königshütte 85, Kollege Funder-Söpenitz 116 und diverse 4. Ferner entfielen auf Kollegen Bennenwig-Berlin 317 ungültige Stimmen. (Bennenwig wohnt nicht im Wahlkreis und hatte nach § 16 Abs. 10 des Statuts sich um das Mandat nicht zu bewerben.)

Gewählt: Kollege Wiesenhütter-Stettin.

Im siebenten Wahlkreise beteiligten sich 27 Wahlstellen. Gültige Stimmen wurden abgegeben 2049. Davon erhielten Kollege Neuring-Dresden 1280, Kollege Hesselbarth-Beipitz 796, Diverse 23 Stimmen.

Gewählt: Kollege Neuring-Dresden.

Im achten Wahlkreise beteiligten sich 55 Wahlstellen. Gültige Stimmen wurden abgegeben 2278. Davon erhielten Kollege Anshel-Offenbach 975, Kollege Eiser-Frankfurt a. M. 814, Kollege Fittgen-Köln 299, Kollege Mührmann-Büffel 84, Kollege Greif-Gotha 91, Kollege Brandau-Hagen 13 Stimmen. Diverse 2 Stimmen.

Stichwahl zwischen Kollegen Anshel-Offenbach und Eiser-Frankfurt a. M.

Den 8. Wahlkreis bilden die Wahlstellen Alschaffenburg, Altenburg, Alzen, Al.-Aheim, Biebrich, Bieker, Bielefeld, Breitenheim, Bürgel, Buttstädt, Bruchhausen, Cassel, Dietzheim, Darmstadt, Daisburg, Düsseldorf, Eisenberg (S.-A.), Eibersfeld, Effen, Erbenheim, Fachsenheim, Fintzen, Frankfurt, Gevelsberg, Gießen, Gotha, Gonsenheim, Hagen, Hanau, Hainhausen, Hechtsheim, Hocht., H.-Hensburg, Kall, Köln, Kuppersteg, Kusterbach, Kottheim, Al.-Kronenburg, Langenberg i. S., Langenbretteln, Mainz, Melle, Rombach, Wachsenburg, Wülheim a. Rh. Wahlheim a. M., Oberhausen, Oberdöhlau, Offenbach, Oberursel, Odruf, Pfungstadt, Radebeim, Rügja, Seligenstadt, Schwarmstadt, Schöningen, Schneidheim, Sprendlingen, Al.-Steinheim, Stadtilm, Wamne, Wattershausen, Weimar, Weissenau, Weiskirchen, Worms, Wippenhausen, Wunsiedel.

Im neunten Wahlkreise beteiligten sich 48 Wahlstellen. Gültige Stimmen wurden abgegeben 3498. Davon erhielten Kollege Wörner-Cannstatt 1295 und Kollege Staimer-München 2168 Stimmen. Diverse 35 Stimmen.

Gewählt: Kollege Staimer-München.

Die Stichwahlen sind unverzüglich vorzunehmen, so daß sie bis Mittwoch, den 3. Mai, erledigt sind.

Die Stichwahl ist nur in einer Versammlung vorzunehmen. Die Mitgliedsbücher sind in dieser Versammlung vorzuzeigen. Die Wahl geschieht durch Stimmzettel.

Als Stichwahlsonntag setzen wir den 30. April fest. Die Wahlhandlung darf vor 10 Uhr nicht beginnen und muß um 3 Uhr nachmittags beendet sein. Verhandlungen, die die Wahl am Sonntag nicht vornehmen wollen, denen bleibt es unbenommen, die Wahl an einem Werktag vorzunehmen.

Zur Leitung dieser Wahl ist in der Wahl-Versammlung eine Wahlkommission zu bilden.

Als gewählt ist derjenige zu betrachten, welcher mindestens eine Stimme mehr wie sein Gegenkandidat auf sich vereinigt.

Jedes Mitglied darf bei der Wahlhandlung nur einen Stimmzettel abgeben. Die Abgabe des Stimmzettels ist in den betreffenden Feldern auf der inneren Deckseite des Mitgliedsbuches durch Stempelabdruck zu vermerken.

Auf zur Stichwahl!

Für den Vorstand:

Aug. Brey.

## Freiheit der Arbeit.

Verkürzung der Arbeitszeit steigert die Leistungsfähigkeit! Das ist kein Lehrsatz, das ist ein Erfahrungssatz! So sprach — Minister Möller in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. März d. J. anlässlich der Einbringung der sofort nach Ausbruch des großen Bergarbeiterstreiks angekündigten Novelle zum Berggesetz. Bei solcher erfreulichen volkswirtschaftlichen Erkenntnis muß man sich wundern über das Verhalten der Regierung gegenüber der Forderung der gesetzlichen Festlegung eines Normalarbeitstages für alle Fabrikarbeiter. Hat die Regierung zweierlei volkswirtschaftliche Meinung, je nachdem der Wind weht?

Durch die vorstehende Auslassung wird das passive Verhalten der Regierung auf das allerhöchste verurteilt. Umso mehr, als die schrankenlose Ausdehnung der Arbeitszeit nicht nur die Arbeitsfähigkeit beschränkt, sondern auch in ganz außerordentlicher Weise die Gesundheit der Arbeiter ruiniert, frühe Invalidität und frühzeitigen Tod im Gefolge hat, damit auch in sozialer Beziehung sich als schweres Uebel erweist. Auf alle die schädlichen Einwirkungen und Folgen der schrankenlosen Arbeitszeit ist bei den letzten Debatten im Reichstag über einen Normalarbeitstag, speziell von den Rednern der Sozialdemokratie, sehr nachdrücklich und überzeugend hingewiesen worden. Aber die Regierung verhielt sich passiv. Daß schreiende Mißstände bestehen, kann nicht bestritten werden, wenn, wie an dieser Stelle früher schon nachgewiesen ist, von Fabrikarbeitern bis 400 Arbeitsstunden — in Einzelfällen sogar noch mehr — in einem Monat geleistet werden. Daß ferner der lange Aufenthalt in den Giftkammern der chemischen Fabriken, in der Dunstatmosfera der Maschinen, der Steinmühlen und Hochöfen, in vielen mechanischen Betrieben, in Kellerebetrieben zc., in der Siedehitze der Feuerbetriebe, oft bei „Naturventilation“, die den Körper schutzlos allen Einflüssen der Witterung preisgibt, bei rücksichtslos intensiver Anspannung der Arbeitskraft, geradezu mörderisch wirkt, wird durch die Krankenziffern der Betriebsklassen genügend belegt.

Unter solchen Umständen kann man die Ueberzeugung nicht von der Hand weisen, daß die Regierung sich bezüglich der Frage des Normalarbeitstages für Fabrikarbeiter nicht von sachlichen Erwägungen bestimmen läßt. Und Minister Möller hielt es gar für notwendig, in der erwähnten Sitzung im Abgeordnetenhause ausdrücklich zu erklären, daß die Erfahrung von den günstigen Folgen einer Arbeitszeitverkürzung keine Anwendung auf die übrigen Industrien, außer dem Bergbau, finden sollte! Die Vorlage der Berggesetz-Novelle als ein Präjudiz für die übrige Industrie aufzufassen, dagegen verwahrte sich der Handelsminister ganz entschieden. Er gab den Gegnern der Regelung der Arbeitszeit in Fabriken die Zusicherung, daß sie ihrerseits keine staatlichen Eingriffe in das „Recht“ der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeitskraft zu befürchten haben. Diese Reserve vor den Eisen- und Stahlkönigen, sowie den übrigen Fabrikpächtern führt uns zu der Quelle, der die Lausheit der Regierung gegenüber dem dringenden Schutze der Fabrikflotten entspringt. Die Herren wollen nicht, und da die Fabrikarbeiter bisher immer noch die geduldeten Schafe waren, immer nur demütig bettelten, ja, meist noch nicht einmal zu bitten wagten, tut die Regierung, wie die „Herren im Hause“ diktieren.

Soviel ist sicher, würden die Fabrikarbeiter auch einmal so energisch ihren Willen kundgeben, wie längst die Bergarbeiter, die Regierung würde sich schnell auch in bezug auf die Arbeitszeit in Fabriken des Erfahrungssatzes von der steigenden Leistungsfähigkeit bei Verkürzung der Arbeitsdauer erinnern.

Diesen Erfahrungssatz müssen die Fabrikarbeiter aus den Reglementsmeinungen des Niesenkampfes der Bergarbeiter gewinnen. Allerdings, die Erkenntnis allein genügt nicht! Aus der theoretischen Erkenntnis muß man auf den festen Boden der Verwirklichung gelangen. Und das geschieht durch Organisation und Stärkung der Finanzkraft. Die Gewerkschaften müssen nicht nur event. einen Kampf aufnehmen, sie müssen

auch eine schlagfertige Armee und ausreichende Munition, das ist Geld, hinter sich haben. Treten die Fabrikarbeiter in solcher Ausrüstung für die Regelung der Arbeitszeit ein, dann wird man auch schnell im Reichstag regierungseitig den Erfahrungssatz von der Leistungssteigerung bei Arbeitszeitverminderung vernehmen lassen. Die Ereignisse lehren, daß die Regierung von der Arbeiterklasse erst geschoben sein will, ehe sie den Mut findet, gegen die Diktatur der Kapitalgewaltigen zu opponieren.

Eine energische Willenskundgebung der Fabrikarbeiter wird auf dem Gebiete der Arbeitszeitfrage um so sicherer und schneller zum Ziele führen, als sachliche Gründe gegen einen Normalarbeitstag kaum angeführt werden können. Der Hauptgrund, weshalb die Arbeiter bisher den Kampf gegen die 14—15stündige Arbeitszeit, gegen das Ueberschichtennutzen noch nicht allgemein aufgenommen haben, ist der Tiefstand der Stundenlöhne und die mangelnde Erkenntnis, daß mit Verlängerung der Arbeitszeit die Stundenlöhne sinken, umgekehrt, mit Verkürzung der Arbeitszeit die Löhne steigen. Gerade dieses Moment können die Unternehmer aber für ihre Gegnerschaft nicht ins Feld führen, denn es involviert die schlagendste Begründung der Berechtigung der Arbeiterforderung.

Das weiß man nur zu gut und deshalb versteckt man sich hinter — prinzipielle Gründe! Und diese prinzipiellen Gründe sind anders nichts, als der Ausfluß bornierter Rückständigkeit; längst ad absurdum geführter feudaler, patriarchalischer Auffassung vom Arbeitsverhältnis. Die Herrschafts-Gaue befürchten, daß durch eine Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeiterschaft intellektuell und wirtschaftlich so erstarke, daß damit die absolute Abhängigkeit aufgehoben wird und man sich zur Anerkennung der Gleichberechtigung bequemen muß. Das will man unter allen Umständen verhindern. Hinter das Herr-im-Hause-Prinzip läßt man volkswirtschaftlichen und sozialen Fortschritt unbedenklich zurücktreten.

In gerademwegs größter Weise plädiert ein Dr. Felix Ruhn im „Zentralblatt der Walzwerke“ für die prinzipielle Gegnerschaft gegen einen Normalarbeitstag. Er schreibt da (in der Nummer vom 26. Februar 1905):

„In dasselbe Gebiet der sozialpolitischen Bewegung fällt endlich das letzte Bedenken, das wir gegen die Idee eines normalerenden Gesetzes über die Arbeitszeit vorzubringen haben. Dieses Bedenken ist prinzipieller Natur und wendet sich gegen den schweren Angriff in die persönliche Freiheit, den eine solche Beschränkung der Arbeitsmöglichkeit bedeuten würde. Es ist fernerbar, daß gerade auch in diesem Punkte die Apostel der Freiheit mit den größten Zwangsmitteln zu arbeiten suchen! Läßt man überhaupt ein Naturrecht gelten, so gibt es kein tiefer begründetes Recht, als das, seine Arbeitskraft in vollem Umfange und nach freiem Ermessen auszuüben zu dürfen. Die richtig verstandene, wahre Freiheit ist die Freiheit zum Arbeiten, nicht vom (!) Arbeiten! Wer gegen diesen Grundlag fehlt, verfährt sich an dem höchsten Gut, das der Menschheit beschieden ist.“

Es klingt wie Hohn, es ist blutiger Hohn, wenn die Anwälte des großindustriellen Kapitals im Zeichen der alle industrielle Freiheit ausmerzenden Kartellpolitik, der schwarzen Bissen, des Verrufs, der Maßregelungen usw. von der Freiheit der Arbeit reden. Die reklamierte Freiheit ist tatsächlich anders nichts, als das Recht der unbeschränkten Blünderung der Arbeitskraft. Wenn ein armer Teufel mit einem Tageslohn von 2,50—3 Mark für anstrengende Arbeit seine Familie nicht ernähren kann und er deshalb sogar gern Ueberschichten macht, um die Seinen vor Not und Elend zu schützen, so kann man da nicht von Freiwilligkeit sprechen; die armen Sklaven stehen unter einem Zwange, der ihnen aufgedrängt ist durch Vorenthaltung eines gerechten Arbeitslohnes!

Es ist eine Blasphemie, solchen barbarischen Zwang, durch welchen Leben und Gesundheit der Arbeiter vernichtet, das Familienleben zerstört, der Lohnsklave zum Arbeitstier herabgewürdigt wird, als Ausfluß des höchsten menschlichen Gutes zu reklamieren. Der Arbeiter kann unter der Herrschaft der privatkapitalistischen Produktionsweise seine Arbeitskraft eben nicht frei ausüben, er muß sich der Diktatur des Herr-im-Hause fügen, oder Vernichtung, Hungertod ist, was ihm und den Seinen blüht.

Durch die schrankenlose Ausdehnung der Arbeitszeit wird Tausenden jede Möglichkeit, Arbeit zu erhalten, genommen, und da redet man noch von einer Freiheit der Arbeit. Unter der Herrschaft des Privatkapitals ist die Arbeit ebensowenig frei, wie im Zeitalter des Feudalismus, der Hörigkeit, der Barbarei

und antiken Sklaverei. Die Sklaverei ist geblieben, sie hat nur andere Formen angenommen.

Und gegen die Sklaverei zu kämpfen, die Arbeit vom Joch der Ausbeutung zu befreien, das ist unsere Aufgabe, und in diesem stillen Kampfe werden die rostigen Waffen der modernen Sklavhalter zerbrechen, wenn die Arbeiterschaft erkennt, wo ihr und der Gesamtheit Vorteil steckt, und sie sich zur Erlangung des Vorteils zu einer energischen Geltendmachung ihrer Rechte aufrafft.

W. D.

## Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen im Jahre 1904.

So wie unser Verband an Ausdehnung gewonnen, so vermehrten sich auch die Kämpfe und die Zahl der Beteiligten, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, resp. den Versuch der Unternehmung, dieselben zu verschlechtern, abzuwehren.

Konnten wir aus dem Jahre 1903 von 20 Angriffs- und 13 Abwehrstreiks, wo unsere Organisation die maßgebendste war und an denen 1641 männliche und 176 weibliche Mitglieder teilnahmen, und von 23 Streiks anderer Berufe, bei denen 378 unserer Mitglieder beteiligt waren, berichten, so hatten wir im vergangenen Jahre 28 Angriffs-, 21 Abwehrstreiks und 10 Aussperrungen zu verzeichnen, an denen 2323 männliche und 115 weibliche Mitglieder teilnahmen, und 29 Streiks anderer Berufe, an denen von uns 581 männliche und 124 weibliche Mitglieder beteiligt waren. Bei den Angriffsstreiks hatten unsere Kollegen in 2 Fällen Verkürzung der Arbeitszeit, in 21 Fällen Lohnhöhung, in 4 Fällen Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnhöhung gefordert und in 2 Fällen lagen andere Ursachen zugrunde.

Von diesen Streiks waren 15 erfolgreich, 9 teilweise erfolgreich und 4 erfolglos.

Ein gleich gutes Resultat ist bei den Abwehrstreiks nicht zu verzeichnen, deren Ursachen sind gewesen: in 7 Fällen Lohnreduzierung, in 4 Fällen wurde der Austritt aus der Organisation verlangt, in 7 Fällen lagen Maßregelungen und in 3 Fällen andere Ursachen zugrunde. Das Resultat war: 5 erfolgreich, 2 teilweise erfolgreich und 14 erfolglos. Das Resultat wäre weniger ungünstig gewesen, wenn die sieben Streiks wegen Maßregelungen unterblieben wären, denn bei keinem dieser Streiks wurde die Einstellung der Bemessungen erreicht.

Von den Aussperrungen, die zum großen Teil durch Streiks anderer Berufe entstanden, sind einer erfolgreich, drei teilweise erfolgreich und sechs erfolglos verlaufen.

Von den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung haben wir von 25 Zahlstellen Berichte erhalten. Obgleich in noch einer größeren Zahl von Orten Lohnbewegungen stattgefunden haben, konnten wir leider auf wiederholte Mahnungen keinen Bericht erhalten.

In 21 Zahlstellen waren Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnhöhung in 87 Betrieben mit 4061 Beteiligten gestellt. In 52 Betrieben mit 1823 Beteiligten wurde die Arbeitszeit um sechs Stunden pro Woche, in einem Betriebe mit 180 Beteiligten um vier Stunden pro Woche und in einem Betriebe mit 204 Beteiligten um 18 Stunden pro Woche gekürzt. Bei der Verbesserung der Lohnverhältnisse waren in 85 Betrieben 3431 Mitglieder beteiligt, die eine Lohnhöhung von 50 Pfennigen bis 5 Mark erhielten, im Gesamtbetrage von 7167,45 Mk., im Durchschnitt von 2,08 Mk. die Woche. In 4 Orten versuchten die Arbeitgeber in 3 Betrieben mit 103 Beteiligten den Lohn im Durchschnitt um 3,41 Mk. die Woche zu kürzen, und in einem Betrieb mit 190 Beteiligten eine Verschlechterung der Fabrikordnung einzuführen, was durch die straffe Organisation, die in diesen Betrieben vorhanden war, verhindert wurde. Mit dem Resultat der Angriffsstreiks und insbesondere aber mit dem Ausgang der Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung können wir zufrieden sein, sie liefern uns den Nachweis, daß die Schulung unserer Kollegen im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen Fortschritte macht, die sie befähigt, für eine weit größere Zahl von Beteiligten ohne die Waffe der Arbeitseinstellung bedeutende Verbesserungen zu erzielen. Aber auch bei den Angriffen der Unternehmer sollten sie mehr Besonnenheit zeigen, die sie nicht gleich auf jede Provokation seitens der Unternehmer eingehen, sondern einen besseren Zeitpunkt zur Gegenwehr abwarten läßt, damit die Kollegen selbst und die Organisation vor Schaden geschützt bleiben.

## Unternehmergewinne.

Die Belfirma Behn u. Co., Chemische Fabrik Dresden, verteilte eine Dividende von 11 Prozent auf das Jahr 1904. Nach Abschreibung aller Reservefonds hat der Betrieb einen Reingewinn von 377782 Mk. abgeworfen. Einem neu gegründeten Spezial-Reservefonds wies man 154908 Mk. zu und trug außerdem 58579 Mk. auf neue Rechnung vor. Der Geschäftsbericht sagte, daß das Geschäft glänzend verlief — für die Aktionäre natürlich. Das neue Geschäftsjahr begann wieder sehr günstig. Der Geschäftsgang im neuen Jahre läßt sich befriedigend an, die beiden ersten Monate ergaben eine weitere Zunahme des Umsatzes. Die Aktionäre, Aufsichtsräte und das Direktorium dürfen sich also nicht beklagen, sie haben ihren Teil erhalten, der ihnen für ihre „aufreibende“

Tätigkeit gebührt. Im eklatanten Widerspruch zum Ergebnis des Geschäftsberichts stehen die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen. Anfangslöhne von 14 Mk. für männliche und 7 Mk. für weibliche pro Woche sind gang und gäbe. Das mögen sich die dort beschäftigten Kollegen zur Notiz nehmen und bei der Agitation für den Verband verzerren.

Auch bei der Firma Seidel u. Naumann ist das Geschäft im Jahre 1904 vorzüglich gegangen. Nach dem Geschäftsbericht war der Geschäftsgang im abgelaufenen Jahr wiederum ein sehr befriedigender. Das Nähmaschinengeschäft arbeitete in alter vorzüglicher Weise mit erhöhtem Erfolge, ebenso waren sowohl die Fahrrad- als auch die Schreibmaschinen- und die Geschwindigkeitsmesser-Abteilung durchweg gut beschäftigt, alle Abteilungen haben einen erheblichen Mehrumsatz gegen das Vorjahr zu verzeichnen.

Nach 326950 Mk. Abschreibungen wurde ein Reingewinn von 1274460 Mk. erzielt, zu kürzen sind davon 194313 Mk. für Wohlfahrtskassen und Lantienmen. Die Dividende von 18 Prozent auf die Aktien und 90 Mk. pro Stück auf die Genussscheine erforderte (wie im Vorjahre) 1080000 Mk. Letztere bekommen also wie im Vorjahr 36 Prozent Dividende dafür, daß sie keinen Finger krümmen zu machen brauchen in der Fabrik. Das Geschäft arbeitet ja für sie. Für 125080 Mark ist neues Areal angekauft, um den Betrieb zu erweitern. Im letzten Jahr ist die Arbeiterschaft um 300 vermehrt worden. Trotz des glänzenden Geschäftsabchlusses mußten im Vorjahr sich die Arbeiter der Fahrradabteilung gegen eine geplante Lohnkürzung wehren. 36 Prozent Dividende und trotz alledem Lohnkürzung, es ist bald nicht mehr zu glauben.

## Soziale Rundschau.

Abgebliebene Scharfmacher-Petitionen. Der Bund deutscher Tischlerinnungen hat in einer Petition an den Reichstag gleich das ganze Scharfmacherregister gezogen und dessen Durchführung vom Reichstage gefordert. Er verlangte: Verbot des Streikpostenstehens, Schutz der Arbeitgeber gegen frivole Schädigungen durch Arbeitseinstellungen, Bestrafung des Kontraktbruchs und Erlass von Bestimmungen auf Verpflichtung der Berufsvereine und Verbände zum Ersatz des Schadens, welcher aus Anlaß von Ausständen und Sperrungen verursacht worden ist. Der Verband der Holzindustriellen im Bezirk Leipzig hat eine Abänderung der Reichsgewerbeordnung dahin verlangt, daß das Boykottieren der Arbeitgeber, der Betriebe und Werkstätten durch die Arbeitnehmer, insbesondere aber das Streikpostenstehen als Nötigung oder Erpressung unter Strafe gestellt werde. In der Petitionskommission des Reichstages wurden diese Forderungen von mehreren Seiten unterstützt, von anderer Seite lebhaft bekämpft. Ein Antrag, die Petitionen dem Reichstage zur Erwägung zu überweisen, wurde jedoch abgelehnt und beschlossen, über sie zur Tagesordnung überzugehen.

Unternehmerterrorismus. Der Arbeitgeberchutz-Verband für das Baugewerbe in Duisburg beschloß, sämtliche organisierten Tischler und Maschinenarbeiter auszusperren. Und weshalb? Weil die Arbeiter u. a. Arbeitszeit-Verkürzung, Mehrbezahlung der Ueberstunden, garantierter Stundenlohn bei Akkordarbeit, Regelung des Montagewesens sowie Einsetzung einer Kommission zur Schlichtung von Streitfragen forderten, und wegen Nichtbewilligung in den Streit traten. Der Aussperrungsbeschuß soll in Kraft treten, wenn die Arbeiter bis zu einem bestimmten Termine nicht zu Kreuze getreten.

Für Arbeiterwohlfahrtszwecke hat der in Krefeld verstorbene Großindustrielle Konrad Krahn, wie gemeldet wird, über eine Million Mark hinterlassen. Die Spende in allen Ehren, — aber den Arbeitern wäre doch bedeutend mehr damit gedient gewesen, wenn Herr Krahn zu Lebzeiten den Arbeitern wöchentlich ein paar Mark mehr an Lohn gezahlt hätte.

Die Chemische Fabrik Schering in Berlin bringt für die Stammaktien eine Dividende von 16 Prozent, für die Vorzugsaktien von 4 1/2 Prozent zur Ausschüttung. Auf der Generalversammlung führte ein Aufsichtsratsmitglied zu einem Antrage betreffend die Erhöhung des Aktienkapitals um eine Million Mark aus, daß die neu auszugebenden Aktien für 1905 die Hälfte der auf die alten Aktien entfallenden Dividende erhalten sollen. Die neuen Aktien werden den Besitzern alter Aktien zum Kurse von 240 Prozent in der Weise zum Bezuge angeboten, daß auf je drei alte Aktien eine neue entfällt. Vom Redner wurde darauf hingewiesen, daß das Geldbedürfnis der Gesellschaft einschließlich der Dividendenzahlung auf mindestens 2 Millionen Mark zu beziffern wäre. Die Gesellschaft gebe einem Jahr entgegen, das große Hoffnungen erwecke.

Die Berliner Holzkontor-Aktien-Gesellschaft weist für 1904 bei 210956 Mk. (211265 Mk. in 1903) Abschreibungen einen Reingewinn von 298179 Mk. (234271 Mk.) auf. Die Dividende wird in Höhe von 4 Prozent (1903 3 Prozent) vorgeschlagen. Im neuen Jahre hat die Verwaltung reichliche Einkünfte von fertigen Holzern und eines inländischen Forstes vollzogen. Weiter ist, nach Mitteilung der Direktion, Vorsorge getroffen, daß die Sägewerke im laufenden Jahre flott zu tun haben. Für die Imprägnier-Anstalten wird eine leichte Besserung der Konjunktur erwartet, ebenso im Exportgeschäft.

Die Aktien-Gesellschaft für Papierfabrikation zu Nischonburg bringt wieder 8 Prozent Dividende zur Verteilung.

Die Vereinigten Berliner Gummi-Fabrikanten hält am 15. April eine Generalversammlung ab, in der über die Fusion mit der Gummi-Fabrik Schwanitz u. Co. verhandelt werden soll.

## Vom sozialen Kampfplatze.

Köln-Ehrenfeld. In der Lackfabrik Gerbig-Haarhaus wurde ein Tarif vereinbart, wonach den Arbeitern in der Schmelze folgende Forderungen bewilligt wurden: Zahlung eines Wochenlohnes von 21 Mk., steigend bis 24 Mk., Kranken- und Invalidengeld zahlt die Firma, Ueberstunden werden mit je 10 Prozent, Sonntags- und Nachtarbeit mit 50 Prozent Aufschlag vergütet; die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden.

Vor ungefähr sieben Wochen haben die Arbeiter des städtischen Gaswerks eine Eingabe an die Direktion um Lohnaufbesserung gerichtet. Die darauffhin mit der Direktion und dem Arbeiterausschuß gepflogenen Unterhandlungen haben zunächst zu keinem für die Arbeiter befriedigenden Ergebnis geführt. Die Arbeiter haben dann in einer Besprechung eine Kommission gewählt, die gemeinsam mit dem Arbeiterausschuß bestimmte Forderungen an die Direktion gerichtet hat. Die Direktion erklärte nun, unzuständig zu sein, für diese Forderungen sei vielmehr die sozialpolitische Deputation zuständig. In einer weiteren Besprechung haben nun die Arbeiter den Beschluß gefaßt, nochmals den Arbeiterausschuß zu beauftragen, bei der Direktion vorstellig zu werden. Sollte bis zum 7. April, nachmittags 4 Uhr, keine befriedigende Antwort erfolgt sein, so wollten die Arbeiter in den Ausstand treten. Außer Lohnaufbesserungen verlangten die Arbeiter bessere Garantien für die Wahl des Arbeiterausschusses, Wegfall der 14-tägigen Prämie, 14-tägige Lohnzahlung am Sonnabend, Wegfall der Sonntagsnachtschicht, mögliche Vermeidung der Akkordarbeit, Anerkennung der Organisation. In dem Betriebe sind im ganzen 306 Arbeiter beschäftigt, wovon 60 bei uns und 40 bis 45 christlich organisiert sind. Unsere Kollegen hatten vergangene Woche Nachtschicht und nahmen laut Beschluß am Freitagabend die Arbeit nicht mehr auf. Daraufhin wurde Sonnabendmorgen folgendes Zugeständnis seitens der Direktion gemacht: Der Lohn für Stocher beträgt 4,90 bis 5 Mk., für Köcher und Kohlenfahrer 3,90 bis 4,50 Mk., für Handwerker 3,50 bis 5 Mk., für Hof- und Reinigungsarbeiter 3,30 bis 4 Mk. täglich. Der Lohn steigt für alle Arbeiter von Jahr zu Jahr um 20 Pf., außerdem wird eine Prämie von 20 Pf. pro Schicht gezahlt. Alle Arbeiter haben dadurch eine Lohnaufbesserung von 40 Pf. für jede Schicht erzielt. Rechnet man die Prämie und die Steigerung der Löhne hinzu, so ist eine annehmbare Aufbesserung errungen worden. Ferner wurde festgelegt, daß alle Arbeiter wieder eingestellt werden sollten, und sollen Maßregelungen nicht stattfinden. Daraufhin wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In Schönebeck haben die auf der Melasse- und Futterfabrik von Ludemann u. Säckel beschäftigten Kollegen eine Lohnforderung eingereicht und teilweise bewilligt erhalten. Es wurde der Stundenlohn für alle Arbeiter auf 30 Pf. festgesetzt. Es war die Bezahlung der Ueberstunden mit 35 Pf. gefordert; diese Forderung ist nicht bewilligt, die Firma hat jedoch erklärt, bei besserem Geschäftsgange diese Forderung bewilligen zu wollen. Die Abschaffung einiger Mißstände ist in Aussicht gestellt.

In Langenberg, Rens, haben die in Kalkbrüchen und Kalkbrennereien von Nielsch und Späthe, die zusammen 45 Arbeiter beschäftigen, beschäftigten Kollegen nach einem Streik von acht Tagen die Vereinbarung eines Tarifs erzielt. Für Kalksteinbrucharbeiter wurden seither 25, 26 bis 27 Pf. pro Stunde bezahlt, der Lohn beträgt nun 27 Pf. Für sonstige Arbeiten wurden früher 28, 29, 30 und 31 Pf. bezahlt, und ist hierfür nun ein Lohn von 32 Pf. pro Stunde vereinbart worden. Für Ueberstunden wurden 10 Prozent, für Sonntagsarbeit 20 Prozent Zuschlag bewilligt. Maßregelungen finden nicht statt. Der Tarif gilt auf ein Jahr. Eine am Freitag, den 7. April, tagende Versammlung beschloß, unter den gemachten Zugeständnissen die Arbeit aufzunehmen. In dem Kalkwerke des Herrn Franz Otto waren die Forderungen vor Ausbruch des Streiks bewilligt worden.

In Kiel ist das Personal des Warenhauses in Firma Jutobohn in den Ausstand getreten wegen fortgesetzter Maßregelung und Schikanierung des Personals. Die Mitglieder unseres Verbandes und deren Frauen wollen sich bei eventuellen Einkäufen des Behaltens der Firma erinnern.

In Brandis ist der Streik der Pflastersteinarbeiter der Firma Bruno Preiser beendet worden, nachdem Herr Preiser einem Tarif seine Zustimmung gegeben hat. In dem Tarif hat die eigentliche Streitfrage: Bieferung des Handwerkszeuges und der Schmiedeschärfe, folgende Regelung erfahren. Das Werkzeug liefert Herr Preiser sofort; sollte die Beschaffung Schwierigkeiten ergeben, so erhalten die Arbeiter bis zur Lieferung für Benutzung ihres eigenen Werkzeuges eine Lohnvergütung. Vom 1. Juli tritt die Schmiedeschärfe in Kraft, für erstklassige Steine wird pro Meter 10 Pf. weniger bezahlt. Die Bewilligung gilt nicht für den Bruch Klein-Steinberg. Für diesen ist Bewilligung zugesichert, sobald die Steinbruchbesitzer der umgebend Handwerkszeug und Schmiedeschärfe liefern. In einer am 8. April nachmittags abgehaltenen Betriebsversammlung sprach



Schluss Dienstag, den 11. April, mittags 12 Uhr.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Buch-Nr. 46 375, ausgestellt auf den Namen ... Buch-Nr. 33 493, ausgestellt am 7. April 1908 auf dem Namen Bruno ... Buch-Nr. 46 144, ausgestellt am 27. Juli 1908 auf dem Namen Otto ...

Briefkasten.

Kol. M., Wandb. Der „Proletarier“ soll ja kein Protokollbuch ersetzen, sondern nur über ganz wichtige Besprechungen berichten. Ganz wichtig war auch der letzte Bericht nicht.

Das Mitglied Gustav Arnold, geboren am 11. Dezember 1878 in Berlin, von kleiner, untersehter Statur, Haar schwarz, kann sehr schlecht sehen, hat der Zahlstelle Gattungen ...

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Sam 3. Dorf, E. Bennwitz, Berlin, Märkerstr. 5. Bitterfeld. Ferd. Panzer, Köhlerstr. 40. Cöpenick. W. Glaser, Giffenbethstr. 3, III. Elmshorn. C. Theden, Schulstr. 66, I. Dreifeld. Max Krohn, Burgstr. 26. Hameln. S. Rohmann, Schmiedestr. 26. Heidelberg. Ehr. Schranz, Osterbahnstr. 17, 5. Stod. Pettenleidelheim. Bernh. Weikner, Obergasse 4. Tschöe. P. Wenz, Fischerstr. 7. Rallberge-Nüdersdorf (Gau 3). Vertrauensmann Joh. Häbiger, Neuenhagen, Schmiedstr. Reilheim. Joh. Ostermann. Kiel. Aug. Schlus, Angerstr. 14, II. Lübeck. Otto Contentius, Schützenstr. 44, I. Memel (Gau 4). O. Schell, Brauerstr. 6. Oppan. Jakob Kaufsch. Pfungstadt. Joh. Gutzhorn, Mittelgasse 1. Reifegerstent Restaurant Georg Köppler. Reudsburg. Heinrich Schulz, Babelsdorf-Reudsburg, Gartenstr. 2. Schönlauke (Gau 4). Gustav Mangold, Bahnhofstr. 2. Schwarzenbeck (Gau 10). Franz Seymann, Oradow.

Inserate.

Das Protokoll vom 7. Verbandstage

Ist noch in einer Anzahl von Exemplaren vorrätig. In getreuer stenographischer Niederschrift gibt es auf 209 Seiten ein klares Bild der Verhandlungen und der gefassten Beschlüsse. Ein ausführliches Sachregister erleichtert das Nachschlagen. Der Preis ist 15 Pf. pro Exemplar. Die Lieferung erfolgt bei Bestellung von über 5 Exemplaren portofrei. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, sich das Protokoll anzuschaffen, damit er über die Beschlüsse des Verbandstages unterrichtet ist.

Achtung! Der Kollege Johann Adametz, Mitglied des Verbandes der Arbeiterchaft der Papiere, der Gemischten und Summ-Industrie, Buch-Nr. 9049, hat von Zahlstelle Schmiedeburg i. Riesengeb. widerrechtlich 22,60 Mk. als Ueberbelohnungsgeld erhalten. Die sämtlichen Verwaltungen der Zahlstellen und Vertrauensleute werden gebeten, das Mitglied zur Zurückzahlung der Summe anzuhalten und diesem keine Unterstützung auszugeben. Das Mitgliedsbuch befindet sich noch in unseren Händen. Nachrichten bitten wir an den Kollegen Aug. Wolf, Schmiedeburg i. Riesengeb., Hammerstr. 6, zu richten. 1,80 Mk.] Die Verwaltung.

Zahlstelle Bitterfeld. Unsere Versammlungen tagen von jetzt ab alle 3 Wochen Sonntag vormittags 11 Uhr. [0,60 Mk.]

Zahlstelle Hamburg. Mitglieder-Versammlung am 17. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Horn, Hohe Bleichen. Tagesordnung: 1. Der Gewerkschafts-Kongress in Köln. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1906. 3. Vorlage betreffs Anstellung besoldeter Hilfskassierer. 4. Die Waiseifer 1905. 5. Wahl der Delegierten zum Gewerkschafts-Kongress, des Komitees zum Sommerfest und der Fahnendeputation. 6. Jährliche Verhandlungsangelegenheiten. Die Bevollmächtigten. 1,95 Mk.]

Zahlstelle Hamburg. Für den am 21. Februar d. J. verunglückten Kollegen A. d. Schneider sind bei mir eingegangen: Durch Kol. Borchers 22,60 Mk., G. Ribbe 21,30 Mk., J. v. Adern 7,15 Mk., G. Dümmlinghaus 4,40 Mk., S. Karsten 5,75 Mk., Ruhn 4,40 Mk., Frau Friede 5,70 Mk., Christofid 50 Pf.; ferner durch Gen. C. Darbahn 18,10 Mk., Gahntamm 90 Pf., Kellerfammlung 13,73, 8,45 Mk.; im ganzen 99,25 Mk., welchen Betrag ich der Frau des Kollegen am 31. März ausgehändigt habe. Allen freundlichen Gubern sage herzlichsten Dank. 1,80 Mk.] Theodor Friede.

Zahlstelle Gettenleidelheim. Die Versammlungen finden von jetzt ab jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat statt. [0,60 Mk.] Achtung!

Zahlstelle Nüdersdorf. Die Mitglieder-Versammlungen tagen jeden zweiten und dritten Sonntag eines jeden Monats, nachmittags 3 Uhr, für das Jahr 1906 in Kallberge im Lokale des Herrn Hermann Grewe, Heinitzstraße. — Reifegerstent wird beim Kollegen Herrn. Meyd, Tachdorf, Bogelborsdorferstraße, ausgegahlt. Die Kollegen werden ersucht, die Versammlungen pünktlich zu besuchen. 1,65 Mk.] Die Bevollmächtigten. Achtung!

Zahlstelle Schmiedeburg i. Riesg. Die ordentlichen Mitglieder-Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum Fische“ statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet stets 1,20 Mk.] Die Verwaltung.

„bessern wir unsere Lage?“ In eingehender Weise beschäftigte sich Redner mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen von Sagard und Umgebung und mit der Behandlung, welche die Arbeiter von ihren Vorgesetzten erfahren; denn gerade die letzteren verweigern nur allzu leicht, daß sie einst selbst Arbeiter gewesen sind. Um sich aber dagegen zu wehren, sei auch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, sei notwendig, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Auch solle man sich von keiner Seite einschüchtern lassen, möge es kommen woher es wolle, und wenn noch Dugende Reden geredet würden von Seiten der Meister bei Quistroy. Redner forderte in seinem Schlusswort die Anwesenden auf, sich Mann für Mann dem Verband anzuschließen. Dieser Aufforderung kamen sofort 56 Kollegen durch Beitragszahlung nach.

Schluss. In der Mitgliederversammlung, die am 22. März tagte, referierte Kollege Sannau-Hamburg über das Thema: „Sind die Arbeitgeber mit ihrer Taktik zum Ziele gelangt?“ Redner legte den Zweck des Arbeitgeberbundes klar. Dieser bestrebe darin, die Organisationen der Arbeiter nieder zu halten, die agitativen Arbeiter von der Arbeit auszusperrten und für bessere Bezahlung kämpfende Arbeiter niederzurücken. Neuerdings sollten durch Ausperrungen größeren Umfangs die Klassen der Organisationen geleert werden. Diese Pläne würden dann nicht zur Verwirklichung kommen, wenn die Arbeiter ihre Organisationen ausbauen, ihre Klassen füllen und sich in jeder Beziehung wehren und stärken. Dann würden auch die Unternehmungsorganisationen gezwungen werden, die Verbände der Arbeiter als gleichberechtigten Wirtschaftsfaktor anzusehen und mit ihnen über Bestimmung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. — Als Delegierter zum Gewerkschaftskongress wurde Kollege Tamoschus gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde die Niederlegung der Arbeit auf der Roststeinfabrik erörtert.

Wandb. In der Mitgliederversammlung vom 21. März referierte Arbeitersekretär H. Müller über die Bedeutung des nächsten Gewerkschaftskongresses in interessanter und hehrartig aufgenommener Weise. Als Delegierter zum Gewerkschaftskongress wurde Kollege Zimmermann aufgestellt. Nach Festsetzung der Wahl und Wahl einer Wahlkommission wurde der Kartellbericht erörtert. Nach Erlösung von Angelegenheiten lokaler Art wurde beschlossen, daß auch in diesem Jahre wiederum Matmarken zum Preise von 50 und 25 Pf. zum Verkauf kommen.

Die Buchhandlung Vorwärts in Berlin versendet soeben ihr Mat-Mark-Zirkular, dem wir folgenden entnehmen: Die in diesem Jahre erscheinende Matfest-Zeitung enthält ein von Sidus gezeichnetes Titelbild, das jubelnd die neue Volkshaus von der Befreiung des Arbeiters aus Bann und Knechtschaft verkündet. Soll Begeisterung trägt die Jugend die frohe Kunde hinaus ins Land, während das gebrochene Alter, Trost suchend und empfangend, dem Sozialismus in die Arme sinkt. Martin Brandenburg zeigt uns im Mittelbilde den Triumph des Mat. Durch Waldbesichtig bahnt die Jugend den Weg, auf dem die Völker Befreiung finden, und erwacht aus Nacht und Finsternis, folgt das Proletariat dem siegreich vorrückenden Sozialismus. Ferner erscheint von dem Mittelbilde der Matfest-Zeitung, „Mat-Triumph“, eine sauber ausgeführte Postkarte. Zugleich empfiehlt der Verlag die zu den Matfesten früher Jahre herausgegebenen Aufsicht-Postkarten. Ferner wird in dem Zirkular auf die Sammlung von Vortragsgedichten hingewiesen, die unter dem Titel „Reuchtkugeln“ erschienen sind, und auf die im Vorjahre veröffentlichte Broschüre „Der Achtstundentag, eine gesundheitliche Forderung“.

Bekanntmachung.

Auf wiederholte Anfragen, ob wir Marken zum Quittieren der Extrabeiträge liefern, geben wir folgendes bekannt: Wir haben Marken zu 35 und 25 Pf. anfertigen lassen. Diese liefern wir den Zahlstellen zum Werte von 30 und 20 Pf. Mit diesen Marken können die Extrabeiträge quittiert werden. Da, wo der Wochen-Extrabeitrag 5 Pf. beträgt, genügen sie ohne weiteres. An Orten aber, wo der Extrabeitrag monatlich erhoben wird, würden pro Monat die höheren Marken zu fleben sein, bei 10 Pfennig zweimal, bei 5 Pfennig einmal. Verbandsorte, welche auf Zusendung dieser Marken reflektieren, wollen ihre Bestellungen aufgeben. Ein Flugblatt, in polnischer Sprache gehalten, kann von uns bezogen werden.

Die Zahlstelle Zwickau hat die Zustimmung erhalten, ab 1. April einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Monat zu erheben.

Die Zahlstelle Worms erhebt unter Zustimmung des Vorstandes einen Extrabeitrag von 5 Pf. die Woche.

Die Zahlstelle Rempten hat die Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pf. pro Woche erhalten.

Die Zahlstelle Schwiebus erhebt einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Monat.

Die Zahlstelle Partha erhebt einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Monat.

Der Arbeiter Ernst Hohmann zu Wittenberg ist wegen Verstoßes gegen § 7 unseres Statuts ausgeschlossen worden.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 29. März folgende Beträge ein: Dresden 600,—. Postabonnement I. Quartal 10,13. Sarnsch 179,22. Seelze 142,55. Oberschneweide 400,—. Stolp 37,80. Götzen 113,50. Gronau 63,62. Nieberbodeleben 55,44. Betschau 6,45. Reichen 441,02. Gamin 165,03. Selmsdorf 192,—. Sinbad 142,76. Dierowied 150,—. Oppan 188,07. Hildesheim 100,—. Gahn 69,30. Schönberg i. R. 86,82. Gattungen 43,90. Rürnberg 151,16. Ganan 135,70. Rastenburg 92,—. Mänschen 2408,67. Wartmannsdorf 402,21. Penig 159,—. Osterholz-Scharnbeck 90,25. Rieky 67,45. Penig 37,20. Wietefeld 145,32. Riederlehne 686,01. Adlershof 323,03. Uedermünde 100,—. Altripp 38,88. Welle 10,55. Sprendlingen 17,13. Weizenfeld 125,07. Greifswald 21,35. Waldheim 239,52. Dietzheim 168,28. Hannover I 400,—. Wernberg 142,92. Schwanbach 118,74. Offenbach 349,01. Döggersheim 223,26. Wilschmeiler 22,82. Kaiserlautern 263,59. Schöningen 176,54. Rannheim 549,55. Habersleben 166,60. Rennaufer 572,18. Altona 456,20. Gartz 180,03. Bobbe 53,59. Schopshim 23,24. Rabel-Rege 4,70. Rens-Jenaburg 117,58. Brandenburg 40,17. Helgen 20,—. Angsburg 191,80. Leipzig 593,72. Bernburg 222,98. Brandis 204,44. Elmshorn 226,88. Büschow 507,51. Zangermünde 155,49. Schweinfurt 245,70. Delmenhorst 313,20. Giesfeld 266,08. Wittenberge 261,58. Reudsburg 121,73. Johanniskuh 204,84. Hensburg 348,79. Goswig (Ang.) 178,20.

Leipzig. Am 25. März tagte in der „Konfordia“ zu Bubenau unsere Mitgliederversammlung. Genosse Büttich hielt ein sehr interessantes Referat über die Aufgaben des nächsten Gewerkschaftskongresses. Als Kandidat für den Gewerkschaftskongress wurde Kollege Gasslerbach gewählt. Es wurde bei dieser Gelegenheit getadelt, daß der Gewerkschaftskongress, denn vor nicht langer Zeit mußte eine auswärtige Agitationskommission gewählt werden, weil der Gewerkschaftskongress nicht allein besorgen könne, und jetzt habe er gleich eine ganze Woche frei. Unter „Gewerkschaftliches“ führten einige Kollegen aus, wie schwer die Agitation für unseren Verband sei, nicht zum wenigsten deshalb, weil eine Anzahl Angehöriger anderer Verbände eine große Antipathie gegen unsere Organisation hegen. Umso mehr ist es Pflicht jedes Kollegen, für unseren Verband zu arbeiten und zu agitieren.

Memel. Sonntag, den 12. März, tagte hier eine öffentliche Versammlung, in der Wiesenhütter referierte über das Thema: „Wie verbessern wir unsere Lage?“ Redner unterzog die Lohnverhältnisse der Schneidemühlener Arbeiter einer eingehenden Untersuchung. Es werden für diese Arbeiter 13, 14 und 18 Pfennige Stundenlohn bezahlt. Daraus ergebe sich ein höchst unzureichendes Einkommen pro Woche. Diese niedrige Bezahlung bringt able Folgen mannigfacher Art für die Arbeiter. So das Streben, durch Ueberstunden das Einkommen etwas zu heben. Die Arbeitszeit wird ausgedehnt, aber unter der langen Arbeitszeit leidet wiederum die Gesundheit der Arbeiter, er wird frühzeitig verbraucht. Der Mensch, der bei schwerer Arbeit sich nicht gut nähren, kleiden und ordentlich der Ruhe pflegen kann, der wird frühzeitig invalide, wird seiner Familie geraubt. Wer nun seine Lage bessern, sein Einkommen heben, die Gesundheit sich erhalten will, dessen Pflicht sei es, sich der Organisation anzuschließen. Nach dem Referat wurde von organisierten Fabrikarbeitern der Versuch unternommen, die Beschlußfassung über die Gründung einer Zahlstelle hinauszuschieben oder zu hintertreiben. Die Anwesenden sollten erst anderen Sonntag beschließen, welcher Organisation sie angehören wollen, ob unserem Verband, oder dem Verband der Fabrikarbeiter. Es kommen hier die Arbeiter von 25 Schneidemühlern in Frage. Der Beschluß kam nicht zustande, aber immerhin war durch das Vorgehen ein ganz Teil der Arbeiter kopfschüttelnd gemacht, indem sie der Organisation nicht beitreten, und auch jetzt lassen die Fabrikarbeiter noch nicht ab, unseren Versuch, in Memel eine Zahlstelle zu gründen, zu hintertreiben. Eine eigentümliche Erscheinung, die da zutage tritt. Bisher haben sich die Fabrikarbeiter in Memel nicht um die Schneidemühlener Arbeiter gekümmert; nun, wo der Genosse Trille (Gewerkschaftssekretär für Ostpreußen und Pommern) diese Arbeiter so weit aufgerüttelt hat, daß sie sich einer Organisation anschließen wollen, und er uns aufforderte, eine Versammlung abzuhalten und diese Leute in unserer Organisation zu organisieren, jetzt verlangen die Fabrikarbeiter, daß sich die Schneidemühlener Arbeiter nur in einer Organisation organisieren, und zwar in der Organisation der Fabrikarbeiter. Die Fabrikarbeiter sollten sich doch einmal bei ihrer Verbandsleitung erkundigen, da werden sie erfahren, wo die Arbeiter, die in den Schneidemühlern beschäftigt sind, sich zu organisieren haben. Also, es wäre besser, wenn die dortigen Genossen vom Fabrikarbeiterverband von ihrem Treiben abließen im Interesse der Entwicklung beider Organisationen.

Merxleben. Es ist einmal an der Zeit, auf die traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen unseres Ortes hinzuweisen. In den Betrieben, die hier am Orte vertreten sind, gehören auch Leinwandereien. In diesen ist die Verächtung der Arbeit sehr gesundheitschädlich. Es werden da aber Löhne bezahlt, die mit der gesundheitsruinierenden Arbeit gar nicht im Verhältnis stehen, nämlich 16 Mk. pro Woche. In den hiesigen Werbereien erhalten die Hilfsarbeiter aber noch weniger. 12—15 Mk. ist hier die gewöhnliche Summe, mit der die Arbeit der Kollegen als genügend entlohnt angesehen wird. Auf der Papierfabrik Königsmühle, die man wegen der vielfach dort vorgekommenen Unfälle Knochenmühle benannt hat, steht der Lohn auf gleicher Höhe. In der Buntpapier- und Wappensfabrik kommen ebenfalls Löhne von 12—14 Mk. vor. Bei einer solchen Bezahlung muß bei den da beschäftigten Kollegen Schmalhans Rückenweiser sein. Ein solcher Lohn gestattet die Leistung einer menschenwürdigen Existenz nicht, sondern verurteilt zum Hungern und Darben. Da ist es für die betroffenen Arbeiter doch ein schlechter Trost, wenn sie alljährlich von ihrem Fabrikbesitzer zu einem Gartenfeste eingeladen werden, sich da bewirteten lassen dürfen, um fernstehenden die Meinung beizubringen, als sei zwischen den Arbeitern und dem Chef alles aufs beste bestellt. Eine bessere Bezahlung wäre den Arbeitern gewiß angenehmer. Denn anlässlich solcher Feste sagen die Kundigen doch nur von den Arbeitern: Ach Gott, sind die vergnügt und sie haben es gar nicht nötig. Zum Schluss wollen wir noch mit einigen Zeilen der Maschinenfabrik von Herwig u. Co. gedenken. Da bestehen in Wittenberg, deren Verrichtung der Herr Gewerke sich auf neue vornehmen möchte. In der Fabrik ist kein Krahn. Die großen Gußstücke werden mit Balzen transportiert. Der Krahn im vorderen Gebäude soll keineswegs in einer Verfassung sein, als ob er den Anforderungen, die an ihn zu stellen sind, noch lange gerecht werden könnte. Die technischen Fortschritte auf dem Gebiete der Hebung finden den Verkauf des Herrn Herwig wohl nicht, heißt würde er kaum noch Gasolinlampen im Betriebe haben. Dieser soll es vorgekommen sein, daß kein Brennstoff da war, die Plannen voll flüssigen Eisens hätten dann im Halbdunkei getragen werden müssen. Alle Uebelstände auch nur von der Hälfte der hiesigen Betriebe anzuführen, das würde zu weit führen. Das Mitgeteilte genügt zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Lage. Stimmt! Es sollte aber auch genügen, nun alle Kollegen zu veranlassen, einmal eine tüchtige Agitation, sei es durch Vornahme einer Hausagitation oder durch Vornahme von Betriebsbesprechungen zu veranlassen. Die Kennzeichnung der Uebelstände veranlaßt deren Beseitigung allein nicht, sondern das Eingreifen der Organisation ist erforderlich. Soll aber die Organisation eingreifen, dann müssen sich die Kollegen durch Beitritt erst das Recht auf Hilfe durch die Organisation erwerben.

Pfungstadt. Am 19. März tagte im Lokale von Ludwig Graf eine Versammlung sämtlicher Kolleginnen und Kollegen, die auf Zündholzfabriken beschäftigt sind. Kollege Kuhlmann ermahnte die Erschienenen, sich der Organisation anzuschließen, nur durch empfindende Angehörigkeit zur Organisation werden die Kollegen das Anrecht, daß der Verband für sie einkäuflich in dem Kampf um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen. Daß das Zusammenstehen der Arbeiter und Arbeiterinnen erforderlich ist, beweise das Verhalten der Herren Fabrikanten. Die Arbeiter, die jedenfalls, unterstützt durch jeils, Ueberwälzung der Schuld, einige Kollegen, die die ungenügenden Arbeitsbedingungen mit Recht kritisieren, entlassen haben. Es wurde beschlossen, im Laufe der Woche den Herren die Forderungen zu unterbreiten, mit der Bitte, daß wir stets zu Unterhandlungen bereit sind. Es liegt somit nur an den Herren Fabrikanten, wenn eine Einigung über unsere berechtigten Forderungen sich nicht erzielen läßt.

Sagard. Am Sonntag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, fand eine Versammlung in Sagard auf Insel Wägen statt. Die Versammlung, welche in dem Privatlokal des Händlers Theodor Wenz stattfand, war trotz des hübenhüben Wetters von ungefähr 100 Personen besucht; leider konnten diese nicht alle im Lokale in dem Hause finden und wußte sich deshalb die Hälfte bei dem hiesigen Metzger drängen vor die Fenster stellen. Das Referat in dieser Versammlung hatte der Kollege Bierschläger übernommen, er sprach über das Thema: „Die ver-

## Aus dem Generalstab der Scharfmacher.

Ein Beitrag zum praktischen Christentum.

Am 18. März 1905 hat der Vorstand des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände — wohl zu Ehren des Gedenktages der bürgerlichen Revolution — eine Sitzung abgehalten, in der er neue Methoden der Kriegsführung gegen das Proletariat beriet.

In dieser Sitzung erstattete Herr Mend-Altona (der aus der nationalliberalen Fraktion ausgeschlossen worden ist, weil er gar zu offenherzig gegen das Reichstags-Wahlrecht agitiert hat) einen Bericht „Ueber Aussperrungen“.

Der „Vorwärts“ ist in der Lage, diesen interessanten Bericht, nach dem Protokoll wörtlich mitzuteilen:

„Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat sich mit der Frage, wie die Arbeitgeber sich der unaufhörlichen Streikangriffe der organisierten Arbeiter am besten erwehren können, bereits eingehend beschäftigt und zu der Frage der Streikverhütung schon Stellung genommen. Hiermit darf sich der B. d. A. aber nicht zufrieden geben, sondern er muß alle Abwehrmittel der Arbeitgeber einer Prüfung unterziehen und geeignete Vorschläge machen, wie die Wirksamkeit der Streikabwehrmittel nach Möglichkeit erhöht werden könnte.“

Zu den wichtigsten Abwehrmitteln der Arbeitgeber gehört auch die Aussperrung von Arbeitern.

Diese wird meistens da angewendet, wo eine Arbeiterorganisation eine allgemeine Forderung durch aufeinanderfolgende Einzelstreiks durchzuführen will.

Das fügen die Arbeitgeber dadurch zu vereiteln, daß sie durch Aussperrung aller Arbeiter die Einzelstreiks zu einem Generalstreik erweitern.

Sind in solchem Falle die Arbeiter nicht stark genug, um den Generalstreik gewinnen zu können, so ist die Aussperrung erfolgreich, insofern zeigt sich manchmal, daß die Arbeiter nicht deshalb zu dem Mittel der aufeinanderfolgenden Einzelstreiks gegriffen haben, weil sie sich zum Generalstreik zu schwach fühlten, sondern weil sie die Durchsetzung ihrer Forderung mit geringeren Kosten durch aufeinanderfolgende Einzelstreiks zu erreichen hofften.

Die Arbeiter gehen dabei von dem durchaus richtigen Grundsatz aus, daß versucht werden muß, den Sieg eben mit möglichst geringen Opfern zu erkämpfen.

Dieser Grundsatz muß auch für die Arbeitgeber durchgesetzt werden, und deshalb muß die Frage geprüft werden, ob derselbe bei der bisherigen Taktik der Aussperrungen genügend berücksichtigt worden ist.

Die Aussperrungen erfolgten bisher in der Weise, daß die aussperrenden Arbeitgeber entweder ihre sämtlichen Arbeiter auf einmal oder stufenweise entließen, meistens in Abteilungen von je 10 Prozent der Gesamtzahl.

Die Aussperrung sämtlicher Arbeiter bringt für die aussperrenden Unternehmer den Stillstand ihrer Betriebe und einen großen pekuniären Schaden mit sich.

Die Aussperrung eines Teiles der Arbeiter ist vielfach ohne entsprechende Wirkung auf die Arbeiterorganisationen geblieben, weil die aussperrenden Unternehmer ihre schlechtesten Arbeiter zuerst entlassen, diese aber zumeist junge Leute sind, welche leicht ihren Rang an anderen Orten und nach anderen Orten abgehoben werden können.

Die volle Aussperrung bedeutet eine kostspielige, die teilweise Aussperrung eine wenig wirkungsvolle Kriegsführung, mithin ist eine billigere und zugleich wirksamere Art der Aussperrung anzustreben.

Das Ziel läßt sich erreichen, wenn man die teilweise Aussperrung in der Weise vornimmt, daß die Arbeiter in der Reihenfolge ausgesperrt werden, wie ihre Namen im Alphabet aufeinanderfolgen.

Diese Aussperrung trifft dann gleichzeitig alte und junge, tüchtige und untüchtige, verheiratete und unverheiratete Arbeiter und deshalb wirkt sie auf die Arbeiter empfindlicher.

Noch empfindlicher würden die Aussperrungen auf die Gegner wirken, wenn als Gegenstoß gegen eine Reihe von Einzelstreiks eine Aussperrung von Arbeitern desselben Berufes über ganz Deutschland erfolgen könnte und zwar in der Weise, daß alle Arbeiter, deren Namen mit dem Buchstaben A anfängt, ausgesperrt würden.

Diesem A-Beuten würden event. die B-Beute, dann die C-Beute usw. folgen.

Die ausgesperrten Leute sind durch ihre Namen leicht kenntlich gemacht, so daß die Einstufung dieser ausgesperrten Leute durch Unachtsamkeit kaum möglich ist, wodurch die korrekte Durchführung der Aussperrung verbürgt wird. Den ausgesperrten A-Beuten muß natürlich der Eintritt in die mit Einzelstreiks abgezogenen Betriebe gestattet sein.

Wenn nun die innerhalb eines Berufszweiges ausbrechenden verschiedenen Einzelstreiks in der Weise von den Arbeitgebern bekämpft werden, daß sie jedesmal die A-Beute des Berufes, eventuell auch die folgenden B-Beute usw. ausgesperrt haben, so ist es klar, daß während eines lebhafte Streikjahres die A-Beute nie zur Ruhe kommen, sondern eine Aussperrung nach der anderen über sich ergehen lassen müssen.

Das können die A-Beute auf die Dauer nicht aushalten, sie müssen deshalb sich entweder bequemen, als Arbeitswillige bei Streiks ihr Brot zu verdienen, oder sie müssen von den Arbeiterorganisationen vollen Ersatz ihres Lohnes verlangen.

Zu dem letzteren werden sich die Arbeiterorganisationen wohl bequemen müssen und damit verliert das System der Einzelstreiks seinen ökonomischen Wert für die Arbeiterorganisationen, weil die Entschädigung an die ausgesperrten A-Beute 2-3 mal so hoch bemessen werden muß, als das gewöhnliche Streikgeld. Wenn also die Arbeitgeber auf jeden Streikenden z. B. zwei A-Beute aussperrten, so werden die Ausgaben der Arbeiterorganisationen für den einen Streik auf das fünf- bis siebenfache des gewöhnlichen Streikgeldes steigen.

Durch die vorgeschlagene Art der Aussperrung erhöht man den Arbeiterorganisationen die Kosten der Einzelstreiks sehr erheblich; man verdirbt ihnen die Ökonomie der Systeme der Einzelstreiks und erschwert ihnen dadurch das Streiken überhaupt.

Es ist ja klar, daß die unschuldigen Leidtragenden bei diesem System der Aussperrung diejenigen Arbeiter sind, deren Namen mit dem ersten Buchstaben des Alphabets anfangen.

Darüber muß man aber keine sentimentalischen Anwandlungen bekommen, um so weniger, als die Arbeiter sich in der Verfolgung ihrer Ziele durch solche Gefühle auch nicht leiten lassen, im Gegenteil, sie suchen sich als erste Opfer ihrer Einzelstreiks gern diejenigen Arbeitgeber aus, welche am schwersten dadurch betroffen werden, nämlich diejenigen, welche entweder

mit Aufträgen überhäuft sind, oder welche sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden.

Die Arbeiter richten sich nach dem Kriegsrecht, sie suchen ihre Angriffe gegen den schwächsten Punkt ihrer Gegner zu richten, und deshalb müssen die Arbeitgeber ihrerseits ebenfalls die schwächsten Punkte der Arbeiter für ihren Gegenstoß ausfinden.

Mer den Krieg beginnt und seinen Gegner mit allen Kräften der Kriegsführung zu besiegen trachtet, darf sich nicht beklagen, wenn sein Gegner ebenfalls Kriegskünste anwendet.

Nach Beschluß des Vorstandes ist es erwünscht, daß die im B. d. A. zusammengeschlossenen Arbeitgeberverbände in Beratung darüber eintreten, ob die vorgeschlagene neue Art der Aussperrungen sich zur allgemeinen Anwendung empfiehlt.

Es hieß die Wirkung dieses Beschlusses zum praktischen Christentum abschwächen, wollten wir sie kommentieren. Nur keine sentimentalischen Anwandlungen ist die Lösung. Die Kriegsführung geschieht nach dem Muster der kolonialen Raub-Expeditionen, bei denen ganze Dörfer niedergebrannt werden, wenn irgend ein Eingeborener sich das Mißfallen der Kulturpioniere zugezogen hat. Können die Unternehmer dafür, daß Namen mit dem Buchstaben A anfangen? Das System der Begünstigung ist noch human gegenüber dieser Massenwürgung nach dem Alphabet!

Nur keine sentimentalischen Anwandlungen!

Freilich, das Proletariat fürchtet sich vor diesen neuen insam-boshaften Plänen nicht; ihre Entschlossenheit lehrt sie nur aufs neue die ganze Jungheit des praktischen Christentums unserer Staatserhaltenden erkennen, dessen Evangelium die Aushungerung nach dem A B C ist.

## Korrespondenzen.

**Altona.** In der Mitgliederversammlung am 22. März bei Fels wurde die Tagesordnung zum 5. Gewerkschaftskongreß verlesen. Als Delegierter zu dem Kongreß wurden Stille-Vergeborf und Martens-Darburg empfohlen. Beide sind dafür bekannt, daß sie unsere Interessen in jeder Weise vertreten werden. In die Wahlkommission wurden F., M. und G. gewählt. 44 Stimmen wurden abgegeben, davon erhielten Martens 30, Stille 13, eine Stimme war ungültig. S. und B. wurden als Hülfskassierer gewählt. Ein Vorschlag des Vorstandes, am 5. April einen Vortragabend abzuhalten und Herrn Böttig registrieren zu lassen, wurde angenommen. Ferner wurden die Mißstände in der Sargschmuckfabrik von Ernst Neumärker bekannt gegeben. Bemerkte wurde, daß auf unsere Agitation hin D. von der Firma gekündigt worden ist. Da sei es unsere Pflicht, für denselben einzutreten, da er allem Anschein nach als gemahregelt zu betrachten ist. Auch wurden die Mißstände bei der Firma Wajen einer Kritik unterzogen. Die Arbeiterinnen müssen dort die Kohlenwaggons leer machen, auch die Ewer aus- und solladen, wobei neulich ein Unfall passiert ist. Eine Frühladstube ist nicht vorhanden. Sitzgelegenheit fehlt gänzlich.

**Charlottenburg.** Am 26. März tagte unsere Mitglieder-Versammlung, die gut besucht war. Es wurde ein Vortrag über die Bedeutung des nächsten Gewerkschaftskongresses gehalten. Die Mitarbeiter wurde ganz besonders behandelt. Es wurde betont, daß unsere Organisation noch nicht so weit sei, den 1. Mai durch strenge Durchführung der Arbeitsruhe bezogen zu können. In der Diskussion wurde von einigen Kollegen scharfe Kritik an der Wahlkreisinteilung zum Gewerkschaftskongreß geübt. Die Wahlkreise seien zu groß, die Zahl der Delegierten zu klein. Für die Mitgliederzahl des Verbandes seien 9 Vertreter zu wenig. Als Kandidat wurde von unserer Zahlstelle der Kollege Post gewählt.

**Dortmund.** Am Sonntag, den 19. März, tagte im Vereinslokale unsere Mitglieder-Versammlung. Nachdem die Wahl des Delegierten zum 5. Gewerkschaftskongreß vorgenommen war, entspann sich unter Verhinderung einer lebhafte Diskussion über die Agitationsfrage. Es wurde schließlich eine aus vier Kollegen bestehende Agitationskommission gewählt, welche die Haus- und Fabrikagitation wirksam zu betreiben hat. Auf Anregung des Kollegen Gerold fand über die Mitarbeiter eine lebhafte Diskussion statt. Sämtliche Redner waren für die Beibehaltung der Mitarbeiter. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute tagende Mitglieder-Versammlung fordert, daß der Gewerkschaftskongreß dafür sorgt, daß die Mitarbeiter wie bisher beibehalten wird und daß die Gewerkschaften verpflichtet sind, wegen der Mitarbeiter Entlassene zu unterstützen, da gerade die Gewerkschaften aus der Mitarbeiter Nutzen ziehen. Ferner fordert die Versammlung die übrigen Zahlstellen auf, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, damit unser Delegierten wissen, woran sie im Punkte Mitarbeiter sind. (Unsere Delegierten haben die diesbezüglichen Beschlüsse unseres Verbandstages zur Richtschnur zu nehmen. D. Red.)

**Dresden.** Am Donnerstag, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr tagte im großen Saale des „Volkshauses“ eine öffentliche Mitglieder-Versammlung. In Punkt 1 der Tagesordnung „Die Bedeutung des Gewerkschaftskongresses“ hatte Gauleiter Reuring das Referat übernommen. In klaren, kurzen Zügen erläuterte er die bisherige Tätigkeit der Kongresse. Auf dem kommenden Kongresse müßte die Frage der Grenzstreitigkeiten zwischen den Gewerkschaften erledigt werden, damit die Kapitalgeier endlich einmal aufhöhen. Auch über die Errichtung der Arbeitersekretariate müßte man sich klar werden. Die größte Masse der Arbeiter sei überzeugt von dem Nutzen der Sekretariate. In der Agitation unter den Frauen hätte man mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Durch das Kost- und Logiswesen würden die Arbeiter abgehalten, sich geistig bilden zu können. Ueber Generalstreik und Mitarbeiter seien sich die meisten Arbeiter noch nicht klar. Redner wies auf die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften hin und erklärte, daß der Kongreß somit ein reiches Arbeitsfeld habe. Nach diesen mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen entspann sich eine rege Debatte über die einzelnen Punkte. Kollege Schneider bemerkte, 2 Prozent unserer Mitglieder seien Landarbeiter. Wir hätten in Deutschland 6 Millionen Landarbeiter und auf sechsstausend Landarbeiter komme ein organisierter. Hier müßte eine kräftige Agitation einsetzen. Nach dieser Debatte erfolgte die Wahl des Delegierten zum Kongreß und wurde Gauleiter Reuring mit 110 Stimmen gewählt. Alsdann wurde beschlossen, einen besoldeten Vertrauensmann anzustellen, welcher am 1. Juli 1905 sein Amt anzutreten hat. Zur Prüfung der eingehenden Gesuche wurde eine 7gliedrige Kommission gewählt. Will sich ein Mitglied der Kommission an der Bewerbung beteiligen, so hat dieses aus derselben auszuschließen und muß die Kommission in diesem Falle wieder ergänzt werden.

**Dresden.** Der Streik in der Feitschenschmuckfabrik Müllers Söhne ist beendet, und zwar durch Ausschreibung seitens der Ortsverwaltung. Es hatten sich so viele Arbeitswillige einge-

funden, daß der Betrieb mit diesen und drei festengebliebenen Arbeitern weitergeführt werden konnte. Hins zu auch, ein der Streikenden, der frühere Kollege Steiner, zum Streikbrecher wurde. Dieser auch Kollege, welcher bei Beginn des Streiks immer sagte: „Ich bin neugierig, wer der erste Dampf sein wird“, kam nicht nur zu Herrn Müller, um weinend um Arbeit zu bitten, sondern unterrichtete denselben auch über alle Einzelheiten und den Stand des Streiks. Bei einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht bewilligte der Fabrikant sämtliche Forderungen, erklärte aber gleichzeitig, daß er die alten Leute nicht wieder einstellen könne, da er sich seinen Ausreißern verpflichtet habe. In einer späteren, seitens der Organisationsleitung und einer Kommission der Streikenden vorgenommenen Verhandlung erklärte sich Herr Müller bereit, seine alten Arbeiter bei Freimwerden einer Stelle von Fall zu Fall einzustellen, soweit dieselben sich wieder melden. Unter diesen Umständen hielten wir es für geraten, den Streik aufzuheben; auch die Streikenden waren bei einer vorgenommenen geheimen Abstimmung dafür. Scheint der Streik somit auf dem ersten Blick für uns verloren, so hat er doch nach verschiedenen Richtungen hin einige wesentliche Erfolge erzielt. Wie schon oben angedeutet, wurden fast sämtliche Forderungen bewilligt. Es bedeutet dies eine Erhöhung der Akkordlöhne um 10-15 Prozent. Ferner wurden neue Schränke angeschafft, besseres Werkzeug wird geliefert usw. Also, was Herr Müller seinen alten Arbeitern, denen er ja stets ein „Vater“ war, nicht bewilligte, gab er den Arbeitswilligen. Was steht hieraus, daß es sehr gut möglich war, die Forderungen zu bewilligen. Aber genießen die jetzt nur vier der Streikenden die erzwungenen Vorteile. Weitere Anfragen betr. Einstellung weist Herr Müller, resp. sein Werkmeister Rosenkranz zurück mit dem Bemerten, daß alles besetzt sei. Und all dies geschieht, trotzdem 6-8 von den Arbeitswilligen entlassen oder zum Teil selbst gegangen sind. Um das Verhalten Müllers zu kennzeichnen, resp. um zu beweisen, wie die Unternehmer ein gegebenes Wort halten, sei bemerkt, daß zwei Arbeiter einer Konkurrenzfirma eingestellt wurden. Ebenso suchte Herr Müller durch Ausschalten eines Platates junge Vurschen von ca. 17 Jahren, trotzdem noch 8 der Streikenden ohne Arbeit sind. Reiter ist dieser Streik auch nicht ohne gerichtliche Beurteilung abgelaufen. Die Kollegen Meyer und Klink hatten sich wegen unbedeutender Vorgänge im ganzen gegen 8 Paragraphen des Str.-G.-B. (240, 43, 185, 241, 223, 223a in Verbindung mit Paragraphen 73, 74 des Str.-G.-B.) zu verantworten. Daß bei dieser anscheinenden Staatsaktion die Arbeitswilligen eine große Rolle spielten, ist selbstverständlich. Es wurde verurteilt der Kollege Meyer unter Freisprechung von verschiedenen Delikten wegen Beleidigung zu 20 Mk. Geldstrafe event. 4 Tagen Gefängnis, Klink wegen Körperverletzung zu 20 Mk. Geldstrafe event. 6 Tagen Gefängnis.

**Greifenhagen.** Sonnabend, den 25. März, tagte hier eine öffentliche Versammlung. Die Tagesordnung lautete: „Die Arbeiter im Klassenkampf und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“. Hierzu hatte der Gauleiter, Kollege Wiefenhöfer, das Referat übernommen. Zum 2. Punkt war die Gründung einer Zahlstelle für unsere Organisation vorgesehen. Nachdem sich 27 Kollegen hatten aufnehmen lassen, war der Grundstein zur Organisation gelegt. Diesmal wird die Gründung einer Zahlstelle in Greifenhagen zu besseren Hoffnungen berechtigen als vor 5 Jahren, wo man 6 Kollegen aufnahm, die sich dann nicht weiter um die Zahlstelle kümmerten.

**Hamburg.** In der letzten Versammlung teilte Kollege Berman mit, daß der Fehlbetrag von 400 Mk., welchen die Berechnung vom 31. Dezember 1904 in unserer Kasse ergab, sich aus Fehlbeträgen einiger Zahlstellen zusammensetzte, welche erst nach Übernahme der Bestände und Aufstellung der Gesamtabrechnung von der Ortsverwaltung festgestellt werden konnten. Es waren die Bestände nicht vorhanden, welche in Rechnung gestellt waren, und die Posten, welche uns als in Händen der Hülfskassierer angegeben waren, fielen größtenteils aus. Auf solche Weise hat die ehemalige Zahlstelle St. Georg uns um 258,89 Mk. geschädigt. Niemand kann nachweisen, wo das Geld geblieben ist, denn Bücher und Belege sind ebenfalls einfach nicht mehr vorhanden. Ein altes Konto ist unverantwortlichweise von den Bevollmächtigten und Revisoren in St. Georg verschleiert, immer von einem Quartal zum anderen durch die Abrechnungen gegangen, die man als falsch aufgestellt bezeichnen muß. Dann hat sich in Winterhude ein Fehlbetrag von 137,94 Mk. herausgestellt, welcher der Hauptkasse noch zuzum; dieser ist auch von uns gedeckt; ferner diverse kleinere Konten im Betrage von etwa 65 Mk. — Dann wird zu der für den 26. März ausgeschriebenen Wahl eines Delegierten für den Gewerkschaftskongreß Stellung genommen und als Kandidaten Bermanow und Berman nominert. Der Antrag der Verwaltung, auch in diesem Jahre Maimarkt zu 50 Pf. und 25 Pf. herauszugeben, wird angenommen. Dann unterbreitet Friede den Mitgliedern namens der Verwaltung den Antrag, zur Anstellung besoldeter Hülfskassierer in der nächsten Versammlung Stellung zu nehmen. Friede begründet eingehend die dringende Notwendigkeit für uns, sobald wie irgend zugänglich mit dem seitherigen Kassierersystem zu brechen und endlich einmal geordnete Kassenverhältnisse zu schaffen. Er weist nach, daß eine erhebliche Belastung der Mitglieder keinesfalls zu befürchten sei, zieht auch in Erwägung, die Kassierung möglichst vornehmen zu lassen, und macht ferner darauf aufmerksam, daß wir alle Verantwortung haben, auf eine erhebliche Ausdehnung unserer Geschäfte durch Angliederung benachbarter Zahlstellen und gefaßt zu machen. — Die Versammlung beschließt die Verwaltung soll eine detaillierte Vorlage der nächsten Versammlung unterbreiten. Zum Schluß erfolgt noch der Ausschluß des seitherigen Kollegen Radack, Willbornsdorf 5, weil derselbe trotz wiederholter Verwarnungen am Zentralbahnhofe, wo die Metallarbeiter die Arbeit niedergelegt haben, Arbeit verrichtet.

**Partha.** In der Versammlung am 19. März sprach hier Kollege Reuring-Dresden über das Verhalten des Herrn Müller bei der Lohnforderung. Eine Debatte entwickelte sich nicht. Es wurde eine Lohnkommission gewählt und die Wahl zum Gewerkschaftskongreß vorgenommen. Als Hülfskassierer wurde Kollege Richter gewählt. Kollege Wiefenhöfer wandte sich gegen einen Artikel, der im Korrespondenzblatt der „Hutmacher“ erschienen ist, und hat die Kollegen, ihrem Verbände tren zu bleiben und nicht in einen anderen Verband überzutreten.

**Reichenau.** Am 17. März tagte in Kleinwachwitz eine Fabrikarbeiter-Versammlung. Kollege Reuring sprach über unsere wirtschaftliche Lage. Unter Gewerkschaftlichem Laus wieder einmal die Handlungen der Firma Dito Kaufmanns-Riedersfeld zu Sprache. Bei dieser Firma läßt die Behandlung der Arbeiter viel zu wünschen übrig. Arbeiter, welche sich eine Minute vor Schluß der Arbeitszeit anziehen, müssen von 6 bis 8 Uhr Strafdienst machen. Woher kommt es aber, daß man den Arbeitern so etwas zu bieten magt? Als die Arbeiter einige Besserungen ihres Lohnes mit Hilfe des Verbandes durchzusetzen, da kehrten viele der Organisation wieder den Rücken. Diese hatte ja ihre Schuldigkeit getan. Was brauchte man sie noch, die Beiträge kann man sparen.

Nun machen sie die unangenehme Erfahrung, daß sie die Organisation nur zu notwendig gebrauchen.

13. März. Am Sonntag, den 25. März, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung in der Zentral-Verberge. Zunächst entspann sich eine lebhafteste Diskussion über die Handlungsweise des Kollegen Goman. Da nach Aufklärung der Sachlage die Kaufsache als feststehend bezeichnet werden muß, daß der betreffende Kollege sich von den Geldern der sämtlichen Gewerkschaften einen Vorteil verschaffen wollte, wurde es einstimmig am dem Verbandsausgänger. In einer von der Gewerkschafts-Kommission einberufenen kombinierten Vorstandssitzung ist die Maßregel beschlossen worden. Da am 12. April unserer Gewerkschaften im Lagerdorf sprechen wird, fand ein Antrag, zum 15. April in Strunnes Lokal eine öffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung einzuberufen, in welcher ebenfalls der Gewerkschaften sprechen soll, Annahme.

14. März. Hier wurde in letzter Zeit eine größere Agitation durch Abhalten von öffentlichen Versammlungen und Betriebsbesprechungen entfaltet. Bekannte waren durchweg alle gut besucht. Auch wurden eine heftige Anzahl Mitglieder für den Verband gewonnen. Ein schlechter Besuch war in einer Besprechung für die Arbeiter der Firma Bau der Herten u. Hartler, Abteilung Holzwerk, in Döng in der Gegend, trotzdem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe geradezu fantastisch sind. Fast alle Arbeiter des Betriebes sind im Accord beschäftigt, aber keiner weiß, was er am Sonntag empfangt. So ist es besonders bei den Holzarbeitern, die das Kohlenabladen besorgen. Diese Arbeiter haben als Vorposten des Betriebsführer Müller, einen Mann, mit dem sich schon reden ließe, sobald er den Arbeitern ein besseres Gegenkommen zeigte. Belanlich ist die Arbeit in Eisen- und Stahlwerken sehr anstrengend. Trotzdem glaubt der Herr, ein Arbeiter, der bei einer täglichen Arbeitszeit von 12 Stunden 4 Mark verdient, ohne ein anständiges und gutes Leben führen. Es werden aber auch Löhne von 3,20 und 3,30 Mark für Akkordarbeit ausgezahlt. Bezeichnen die Arbeiter sich über die niedrigen Löhne, so erklärt Herr Müller, sie hätten nicht einmal so viel verdient, wenn das nicht passe, der könne aufhören. Was im Holzwerk am Ende fertig gestellt wird, darüber ist kein einziger Arbeiter unterrichtet. Die Mitglieder unterlassen es, ihre Mitarbeiter davon in Kenntnis zu setzen, weil sie nach der Weise der Betriebsführer sorgen. Es wäre wahrscheinlich nicht so viel verlangt, wenn nach beendeter Schicht das Gewicht angeschlagen würde, damit sich jeder überzeugen kann, was verdient ist. Dann würde auch der große Wechsel unter den Arbeitern nicht vorhanden sein. Mancher arme Teufel, der sich im guten Glauben befindet, er verrichte Akkordarbeit, hat am Sonntag bittere Erfahrungen machen müssen. Nach § 11 der Arbeitsordnung sind die Pausen für das Holzwerk wie folgt festgelegt: vormittags von 8-8.20 Uhr, mittags von 12-1 Uhr und nachmittags von 4-4.30 Uhr. In Wirklichkeit kann aber von Vor- und Nachmittagspausen keine Rede sein, und die Mittagspause beträgt nur eine halbe Stunde. Besonders auf der Schicht des Obermeisters Mießing soll das Einhalten der Pause nicht Sitte sein. Wenn die Holzgen 12 1/2 Uhr noch nicht laufen, schlägt dieser Herr Krach und schimpft. An unangenehmen Strafmitteln fehlt es dem Meister Gensler auch nicht. Es sorgt in keiner Beziehung besser für das Wohl der Arbeiter, als die Genannten. Herr Gensler ist Mitglied und sogar Kassierer des katholischen Kirchenvereins. Das Straßsystem bei der Firma spottet jeder Beschreibung. Wer morgens zwei Minuten nach 8 Uhr kommt, läuft Gefahr, daß der Portier ihn das Tor vor der Nase zuschlägt. Dann dauert es 15-20 Minuten, bis es dem Portier beliebt, das Tor wieder zu öffnen. Die Arbeiter, die davon betroffen werden, erhalten zum ersten Male 25 Pf., zum zweiten Male 50 Pf. Strafe. Es ist vorzuziehen, daß der Portier in der Arbeiterzeit sagt: „Du bist für heute verurteilt“, und das Ende war trotz des Urlasses eine Strafe von 3 Mark. Alle Beschwerden gegen den Richter beim Direktor Goman bleiben erfolglos. In dem Betriebe besteht auch ein von den Arbeitern gewählter Arbeiterausschuß. Wer ihm angehört und es wagt, seine Meinung über die Zustände zum Ausdruck zu bringen, der wird so schnell wie möglich bei Seite geschoben. So ist es in einem Zeitraum von zwei Jahren drei Anschlußmitgliedern ergangen. Fragt man den Direktor nach dem Entlassungsgrund, so ist die Antwort: „Wir recht das Recht zu, jedem zu kündigen.“ Das Recht soll ihm auch nicht genommen werden, jedoch verlangen die Arbeiter, daß auch ihr Recht geschützt, indem gerechtfertigte Beschwerden einer Prüfung unterzogen werden. Gut besucht war eine Besprechung der Arbeiter der Steinfabrik Stöcker u. Runge in Wülheim. Es sollte Stellung genommen werden gegen das Verhalten der Betriebsleitung gegenüber den Arbeitern. In ganz Wülheim wird wohl kein zweiter Betrieb vorhanden sein, wo solche Zustände bestehen, wie bei Stöcker u. Runge. Trotz der schweren und schmutzigen Arbeit in diesem Betriebe sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie die Behandlung der Arbeiter äußerst schlecht. Von den etwa 150 Arbeitern erhält ein großer Prozentsatz einen Lohn von 2,60 bis 2,80 Mk. Auch die im Accord beschäftigten Arbeiter klagen über mangelhafte Bezahlung. Ist es doch vorzuziehen, daß Sommer u. a. mit einem Akkordlohn von 1,60 bis 1,80 Mk. täglich nach Hause gingen. Solche miserablen Löhne reichen nicht einmal für einen alleinlebenden Arbeiter, geschweige denn für eine Familie. Was in der Besprechung von den Arbeitern in Bezug auf Wülheim vorgebracht wurde, spottet jeder Beschreibung. Das gesundheitliche Einwirkungsgebiet in diesem Betriebe nichts zu finden. Baderinrichtung, Speiseaal, Kleiderkasten und dergleichen sind nicht vorhanden. Vor einigen Tagen wurden vier Arbeiter entlassen, weil sie sich weigerten, einen Besel für 3,50 Mk. zu klopfen. Als die Arbeiter auf die tägliche Kündigungsfrist hinwiesen, wurde ihnen erklärt: wer für 3,50 Mk. keinen Besel klopfen will, hat keinen Anspruch auf Kündigung. Mit Recht wies ein Arbeiter darauf hin, daß es unmöglich sei, einen Besel für 3,50 Mk. zu klopfen. Einmal hätte er dies gemacht, sei aber nicht imstande gewesen, seinen Körper von Schmutz zu befreien, weil keine Baderinrichtung vorhanden sei. Heber die Behandlung, die ihnen durch den Meister Landerberg und den Ingenieur Borchard zuteil wird, sind die Arbeiter empört. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde das Verhalten der Betriebsleitung entschieden verurteilt. Ebenfalls verurteilten die Arbeiter, Mann für Mann der Organisation beigetreten, wodurch 35 Mitglieder für unseren Verband gewonnen wurden. Remerthausen ist, daß an der Besprechung der Betriebsleiter des katholischen Fabrikarbeiter-Verbandes und der Zentralvorsitzende des katholischen Gewerkschafts-Verbandes teilzunehmen, um die Vertreter für diesen Verband zu gewinnen. Obwohl nun christlich die Entlassungen an der Besprechung begünstigt wurden, mußten die Herren sich mit 3 Kapazitäten zufrieden geben. Zwei öffentliche Versammlungen wurden für die Arbeiter der Holzgen Holzwerk-Meißing in Döng in der Gegend abgehalten. Der Besuch in der ersten sehr viel zu wünschen übrig, dagegen die zweite sehr gut besucht war. In dieser Sitzung wurden ca. 100 Arbeiter unter sehr schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigt. In den niedrigen, schmutzigen Arbeitsräumen herrscht die größte Unhygiene. Bei der Besprechung der letzten Woche sind unvollkommenen Besprechungen wurden die Arbeiter, nicht zu ihrem Nachteil, oft eine Entlassung. Der Mangel an frischen Besprechungen und die Unordnung des ganzen Fabrikbetriebs erschöpfen natürlich die Besprechungsarbeiten und vermindern die Besprechungsleistung, wie auch der Mangel der Arbeiter. Die Gensler, die Sommer und Winter unter freiem Himmel jeder Witterung ausgesetzt im Hofe zu sitzen und Schmutz anziehen, erhalten 2-30 Pf. pro Stunde. Zur kurzen kamen sie bei Kündigungs-

Arbeitszeit auf einen Lohn von 1,96 bis 2,10 Mk. Die Feierstage, das Kranten- und Jubiläumsgeld wird natürlich auch davon abgezogen. Wie bei einem betagten Verdienst ein Familienvater bei den höchsten besten Lebensverhältnissen durchkommen soll, das möge der Betriebschef Laucher beantworten. Auch über die Art, wie Generaldirektor Reimer Arbeiter und Besätze behandelt, wird bitter Klage geführt. Die Tagelöhner verdienen 2,80 bis 3 Mk. täglich. In letzter Zeit sind die Arbeiter eine Stunde später angefangen, damit die Arbeiter in die Kirche gehen können. Die Stunde wird aber in Abzug gebracht. Im Sommer geht es wie in einem Landeshoflag festsetzend an und an. Im Winter „Stadt-Anzeiger“ suchte man voriges Jahr tüchtige Schuppen und solche, die das Bürgerhandwerk erlernen wollen, für dauernde Arbeit bei gutem Akkordlohn. Gehalt wird aber nur 20-30 Pf. Stundenlohn. Auch in der badischen Presse suchte man Leute zu angeln. Von der Herberge zur Heimat wurden kompagnienweise die ersten besten Handwerksburschen herbeigeholt und eingestellt. Für die in Schwanz und Stund beschäftigten Arbeiter sind nicht einmal anständige Plätze zum Aufbewahren der Kleider und ansehnliche Badvorrichtungen vorhanden, so daß die Mehrzahl dieser Leute gezwungen ist, ungewaschen nach Hause zu gehen. In dem Arbeiter-Speiseaal hatten Eische, Bänke und Fußboden nur Schmutz, so daß einem kultivierten Menschen schon beim Eintritt der Appetit vergehen muß. Im Krankheitsfall erhalten die Arbeiter von der Betriebskassette ein ungewöhnlich niedriges Krankengeld. Einer Organisation haben die Arbeiter bis jetzt nicht angehört. Die überwiegende Zahl der Arbeiter rekrutiert sich aus den Bauernbürgern der Landbürgermeisterei Mandorf und aus der Gifel. Sie sind meistens auch Mitglieder der katholischen Arbeitervereine, deren gegenwärtiges Wirken hier deutlich zutage tritt. Die leitenden Kapläne stellen ihrem Wahng die Zustände als göttliche Bestrafung hin und halten sie von der gewerkschaftlichen Tätigkeit, durch die sie allein erträgliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzwingen können, ab. Mühten die Arbeiter doch einsehen, daß ohne gewerkschaftliche Organisation an eine Besserung nicht gedacht werden kann. Der Ruf zur Organisation ist wiederholt an sie gerichtet worden, trotzdem fanden sie bis jetzt nur 16 Arbeiter, die es für nötig hielten, sich unserem Verbande anzuschließen. In zwei Besprechungen für die Arbeiter der Zuckerfabrik von Roth u. Bredt wurden 40 Mitglieder gewonnen. Auf die Zustände in diesem Betriebe wollen wir später eingehen, da wir jetzt zu viel Raum in Anspruch nehmen würden. Zum Schluß sei noch folgendes bemerkt. Unsere Organisation wird hier durch das Vorgehen einzelner Vertrauensleute des Metallarbeiter-Verbandes großartig gefördert. Besonders in Wülheim scheint es Sitte geworden zu sein, daß die Mitglieder absichtlich zu machen und indifferente Arbeiter unserer Organisation fernzuhalten. Arbeiter, die schon ihren Auswahrscheinlich für unseren Verband ausgesprochen hatten, wurden angehalten, in den Metallarbeiter-Verband einzutreten, was dann auch in sehr vielen Fällen geschehen ist. Um dies zu erreichen, werden allerlei Kräfte gebraucht, ja man schreit sich nicht, unsere Mitglieder, wie den indifferente Arbeiter zu sagen, unsere Organisation zahle keine Unterstützung. Dies alles geschieht in einer Eile, wo der Metallarbeiter-Verband wie alle übrigen Organisationen nach Tausende von Arbeitern von der Notwendigkeit der Organisation übergehen muß. Und der Hinweis auf die Agitation der Gewerkschaften sollte genügen, daß unsere Aufgabe darin besteht, die indifferente Masse zu gewinnen. In fast allen Mitglieder-Versammlungen behaupten unsere Kollegen, daß durch das Vorgehen der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes so und so viele Mitglieder ausgetreten sind. Auf Befragen begründen diese ihren Austritt damit, daß sie sagen, der von dem Metallarbeiter-Verband hat uns erklärt, der Fabrikarbeiter-Verband zahle keine Unterstützung. Ist dies dem Geschäftsleiter Marx alles unbekannt? Bestenfalls nicht gut anzunehmen, aber es ist leichter, Mitglieder, die durch unsere Agitation von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt wurden, zum Übertritt zu veranlassen, wie herzustehende zu gewinnen. Würden unsere Kollegen sich unser Verbandsstatut etwas besser ansehen, würden sie finden, daß wir eben so gut Unterstützung zahlen wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband.

Konstanz. Bei der Firma Koppel u. Co., Ziegelei in Emshofen, waren Lohnarbeiter ausgetrieben, die zur Entlassung von 70 Arbeitern führten. Unter den Entlassenen waren 18 Verbandsmitglieder. Die Firma verlangte die Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 11 Stunden. Wer damit nicht einverstanden war, erhielt die Entlassung. Ein solches Vorgehen machte die Arbeiter denn doch fertig. In einer Versammlung beschloßen sie die Ausstellung von Gegenforderungen, wobei sie sich leider mit der Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden erklärten. Die Arbeitszeit sollte von morgens 6 bis abends 7 Uhr dauern. Für schwere Arbeiten sollten 30 bis 35 Pf. die Stunde bezahlt werden, für leichtere Arbeiten 28 bis 30 Pf. für Arbeiterinnen 18 bis 20 Pf. die Stunde. Eine Kommission wurde vorbestimmt, sie fand aber nicht das geringste Gegenkommen. Die Herren wollten durch die verlängerte Arbeitszeit mehr Gewinn, mehr Profit aus der Arbeitsleistung der Arbeiter herauswirtschaften. Das ging ja auch, waren die Arbeiter doch ja gar nicht organisiert. So mußten sie denn leidend wieder ins alte Loch, das sie täglich noch eine Stunde länger brüden wird. Der Mehrverdienst, den 70 Arbeiter ihren Anwendern in einer Stunde schaffen, 6 mal die Woche, und während der ganzen Kampagne durch, der ist nicht gering, aber jedenfalls haben die ersten Firmenträger das Geld notwendiger, als wir die mit 24 bis 25 Pf. pro Stunde bezahlten Arbeiter, die können ja reich werden.

Markenstadt. Ein nicht oft vorkommender Streik hielt hier 5 Tage die Kinnshofer in Aufregung. Es handelte sich nicht um Lohnfragen, die wohl berechtigt, aber zumeist aus tatsächlichen Gründen zurückgestellt sind, auch nicht um Arbeitsverhältnisse, sondern in der Hauptsache um die Lohnrückstände der Arbeiterinnen. Die Firma Kinnshofer-Zurichterei und -Färberei Hl.-Sel. v. H. v. H. v. H., in ihrer Branche eine der größten Betriebe Europas, wickelt es seit einigen Jahren immer mehr, die männlichen Arbeitskräfte abzubauen. Das ist doch erst im vorigen Jahre ca. 200 Personen wegen schlechten Geschäftsganges entlassen. Statt nun in diesem Jahre bei lebhaftem Geschäftsgange die einen oder überhaupt männliche Arbeiter einzustellen, nahm man weibliche Arbeitskräfte, insbesondere Frauen an, um mit diesen gegen die partei Schmutzabwässerung anzukämpfen und wie man sagt, rationeller zu wirtschaften. Man kann, ein Betrieb, der jährlich 7 bis 8 Prozent Dividende, der fast Winter-Gehälter für seine ersten Beamten bezahlt, der die Löhne seiner Unterebenen (unter denen sich leider auch mehrere frühere Arbeiter befinden, die, was durch hohe Bodenpreise bezahlt, aus dem Verbande ausgetrieben, daß sie sagen müssen, daß es denen, die noch vor fünf Jahren mit ihren Schulden an Schulter für bessere Löhne 20 Kampfen, nicht zu wohl wird), jedes Jahr acht, der 10000 Mark an Abschneiden als Gratifikation für Beamte verteilen kann, der in den letzten Jahren seinen Betrieb durch große Reibungen verzögerte und die weiblichen weiblichen Arbeitskräfte jetzt dieser Betrieb nach rationeller wirtschaften. Aber nicht bei den Männern oder Beamten, auch nicht bei den Führungskräften, deren kräftige Organisation sie fördern, soll gepunkt werden, sondern an den Lohnarbeitern, die im vergangenen Jahre einen Durchschnittsverdienst von 7-800 Mark hatten. Doch was ist großartig, man macht kein Lohnangebot, sondern legt an ihre Stelle nach und nach Frauen, bis bei einer solchen Konjunktur die Männer gänzlich verdrängt werden. Das sind Hunderten Familienältern wird, die einem Werte teilweise ein Waisenalter lang ihre

besten Kräfte gewidmet haben, danach fragt ja kein Unternehmender. Von diesem Geld abzurufen, hatte unsere Ortsverwaltung verschiedene Versammlungen, die gut besucht waren, einberufen. Es sprachen Referenten und Referentinnen über Frauenarbeit etc., aber vergebens, der Junge der Frauen und Fabrik hielt an. Nachdem nun die Lohnkommission in dieser Angelegenheit einige Male vergebens vorstellig wurde, beschloß eine Versammlung, die Kommission solle eine letzte Bemühung mit der Direktion anbahnen, wenn abermals vergebens, sofort die Arbeit niederzulegen. Nach einem negativen Resultate der Verhandlung marschierten denn auch wie auf Kommando ca. 200 Kollegen und Kolleginnen am 11. Uhr zum Fabriktor hinaus, innerhalb einer Viertelstunde war die Fabrik verlassen. Am Nachmittag desselben Tages reichten auch die Rückführgelassen ihre Kündigung ein. Mit einer solchen Eingetretener in Frage kommenden Personen schien die Direktion nicht gerechnet zu haben, denn sie sahnte in aller Eile eine Einigungsverhandlung durch das Gewerbe-Schiedsgericht Leipzig-Band an, welche am 11. u. 12. unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns v. Deul-Weißig stattfand. Anwesend waren außerdem für den Aufsichtsrat Stadtrat Sander, die Direktoren Schlotzauer und Schüring, die Streikleitung: Goppe, Kauf, Hermann, Kolben, die Besellen-Kommission: Kalk, Kemnitz, Wichmann, Gauschild. Nach fünf zweifelhafte Verhandlungen wurden unsere sämtlichen Forderungen bewilligt, und zwar die Arbeiter auf den Lohnabenden der Zwickauer, in der Halle, das Kaffern und Bügeln der Felle, die Arbeiter auf den Schmirfäden und das Strecken der Felle in der Fertigmacherei sind künftig nur von männlichen Arbeitern zu besorgen. Dieser Vertrag wurde in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt und jeder Partei ein solches ausgehändigt.

Wülheim a. Rheda. Eine von den Firmen, mit denen wir uns des öfteren beschäftigt haben, ist die Firma Felten u. Grottkau. Wiederholt ist versucht worden, diese zur Abstellung der kräftigsten Wülheimer zu veranlassen, ohne daß sie sich dazu veranlaßt gesehen hätte. Speziell in der Beziehung leidet die Gesundheit der Arbeiter sehr; eine vorzügliche Ventilation mußte hier angebracht sein. Leider fehlt sie. Tag für Tag ist der Raum erfüllt von Säure- und Salzniederschlag, welcher den da Arbeitenden den Aufenthalt zu einem unersäglichem macht. Auch die Lohnzahlung ist dem großindustriellen Maße nicht entsprechend; Löhne von 2,80, 3,- und 3,20 Mk. sind nichts selbsten. Daß die Arbeiter, wenn sie die Woche gearbeitet haben und zur siebenten Schicht angefordert werden, für diese noch 1 Mk. weniger bekommen, dürfte alles übersteigen. Besonders die Behandlung durch den Herrn Meister Roland könnte eine Besserung erfahren. Ruhepausen gibt es nicht, die Art der Arbeit läßt solche nicht zu, weil die selben fortwährend im Betrieb sind. Die Arbeiter sind volle zwölf Stunden in Tätigkeit. Für eine solche Arbeitszeit ist die angeführte Bezahlung mehr als niedrig. Durch unsere Agitation haben wir es im vorigen Jahre wenigstens so weit gebracht, daß Kleiderkränke und Wascheinrichtungen in diese Abteilung gekommen sind, auch wurde die Sonntagsarbeit etwas eingeschränkt. Die schlimmsten Wülheimer befehlen noch. Sollen sie abgeschafft werden, so ist eine größere Beteiligung der Kollegen an der Organisation erforderlich.

Postzettel. Sonntag, den 19. März, vormittags, fand im „Deutschen Haus“ eine Gewerkschaftsversammlung der in Siemens' Glasfabrik, Döhlen, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, die außerordentlich gut besucht war. Bestenfalls hat seinen Grund zweifellos darin, daß diesmal die Versammlung im Einverständnis der Verbände der Glasarbeiter, Maurer, und unserer Organisation arrangiert war. Kollegin Wadwig-Dresden entrollte in längerem, Vortrag wie die Lage der im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen verbessert werden kann, ein Bild der in diesem Betriebe bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Material über die Lage der Glasarbeiter haben nicht nur geliefert die vor dem Gewerbegericht zu Dresden geführten Klagen gegen die Firma, sondern in noch weiterem Maße der vor dem Schöffengericht zu Dresden geführte Prozeß der Firma gegen zwei Redakteure der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, in welchem diese zu je 1200 Mark Geldstrafe verurteilt wurden. Jaßt die Firma Siemens etwa ausgezeichnete Löhne, wenn bei 14tägiger Lohnzahlung Lohnzettel vorliegen, die die hortenben Summen von 16,24 Mk. bis herab zu 0,00 Mk. aufweisen? Der letzte Lohn von 0,00 Mark wurde auf der Hütte in Döhlen in der Zeit vom 12. bis 23. Januar 1904 verdient. Das sind Angaben von Glasmachern, nicht etwa von Hilfsarbeitern. Einträge verdienen — nach Angaben der Firma — 9,24 Mk. die Woche; das seien junge Burschen oder sonstige Arbeiter, die infolge eines körperlichen Gebrechens für bessere Arbeiten nicht geeignet seien. Sie vergibt aber beizufügen, daß darunter viele alte Arbeiter sind, die von der harten Arbeit aufgetrieben, nun als Einträger ihr Leben fristen. Diesmal waren es aber nicht nur die Glasfabrikmacher, sondern auch die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, die ihre um kein Paar bessere Lage beleuchtet sahen. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — In der Debatte, die mit Leidenschaft geführt wurde, sprachen die Vertreter der drei Gewerkschaften, sowie eine große Anzahl der dort beschäftigten Arbeiter. War in dem Referate schon eine Abrechnung gehalten worden, so folgte sie noch einmal in der Debatte. Wichtig waren die Pläne gegen schlechten Lohn, unwürdige Behandlung, ja sogar Fälschung und Wasserung. Alle Redner betonten, wären die Arbeiter und Arbeiterinnen einzig unter einander gewesen, sich ihrer Macht bewußt, die sie in der Organisation haben, längst schon hätte das befeitigt sein müssen, was heute die Anklagen schilderten.

Rastenburg. Am 26. März tagte eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege G. Gurti über die Lage der Arbeiter am Orte referierte. Der Kollege führte aus, es könne niemand angeweifeln, daß die Lage der Kollegen verbesserungsbedürftig sei, denn die Unternehmer wollten von einer geregelten Arbeitszeit und Bezahlung auf Grund abgeschlossener Tarife nichts wissen, ein schwankender, unregelmäßiger Lohn ermöglige es ihnen ja, die Löhne noch ungenügender zu gestalten. Aber zur Einführung eines Tarifes sei die Zugehörigkeit zur Organisation erforderlich, und zwar genüge es nicht, daß man sich heute aufhalten lasse in dem Wagnis, morgen könne man schon einen höheren Lohn ernten, sondern die Dauer der Mitgliedschaft müsse eine längere sein. Die Arbeiter mühten sich quälen und mühen doch kaum, wie sie ihre Schulden bezahlten sollten. So sie nicht ihre Miete bezahlen, werden sie ausgehöhlt, und so sie nicht ihre Schulden bezahlen, dann erhalten sie einen Orden, aber nicht ins Knosploch, sondern er wird auf das Hausgerüst gestellt. Nicht nur niedrige Bezahlung ist in Rastenburg, auch faust müssen sich die Kollegen vielerlei bieten lassen, was andere Arbeiter sich nicht bieten lassen. So hat der Nachbar eines Baugeschäftes einem Kollegen 10 Wochen lang 30 Pf. abgezogen an Krankengeld, und als der Kollege krank wurde, da war er in keiner Klasse angemeldet, und der Fall soll nicht vorgezogen werden. Datum, Kollegen, wollen wir solche Nebensachen abschaffen und eine bessere Bezahlung erlangen, dann werdet Mitglieder der Organisation.

Bühlau. In den Mitglieder-Versammlungen vom 26. Februar und 19. März wurden folgende Personen ausgeschlossen: Heinrich Sudow, Hermann Goppe, Otto Gröblich, August Galt, Franz Schwarz, Carl Werth. Sie hatten es nicht für nötig befunden, angefaßt der großen revolutionären Bewegung in Rußland zurückzulehnen und haben sich dadurch an Handlungen der zaristischen Gewaltherrschaft herabgewürdigt. Wir erwischen die Kollegen an allen Orten, namentlich dort, wo sich Versammlungen befinden, das zu beachten und die Wiederaufnahme zu verhindern.